

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

41 (20.10.1948)

Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3 Nr. 41

Mannheim, 20. Oktober 1948

Preis 15 Pfg.

Proteststreik in den Städten Nordbadens

Weg mit den Frankfurter Hungerdiktatoren!

80 — 100 000 demonstrierten in Mannheim gegen die hohen Preise und niedrigen Löhne! — Schärfster Kampf durch die Gewerkschaften um vollen Lohnausgleich angekündigt! — Herbstbeihilfe gefordert!

Mannheim. Dem Ruf der Gewerkschaften gegen die Hungerpolitik des Frankfurter Wirtschaftsrates am Mittwoch, einen Proteststreik durchzuführen, wurde in Mannheim in weitgehendem Maße Folge geleistet. Ungefähr 100 000 Menschen demonstrierten, aus allen Stadtteilen und Betrieben kommend, zum Marktplatz, der sich als viel zu klein erwies, die riesige Menschenmenge zu fassen. Alle Zugangsstraßen waren verstopft. Tausenden war es nicht möglich, auf dem Mannheimer Marktplatz noch Platz zu finden. Die Kundgebung des werktätigen Volkes in Mannheim war die mächtigste seit dem Jahre 1945. Sie zeugte von dem entschiedenen Kampfwillen der Arbeitenden, nicht länger mehr tatenlos zusehen zu wollen, wie sie durch hohe Preise und niedrige Löhne systematisch durch die Politik des Frankfurter Wirtschaftsrates im Interesse der Unternehmer ausgeplündert werden. Die Kundgebung stellt eine drohende Warnung an alle dar, die mit dem Leben des werktätigen Volkes gewohnt sind, bedenkenlos Schindluder zu treiben. Einmütig wurden die Forderungen der Gewerkschaften an den Frankfurter Wirtschaftsrat angenommen, die eine planvolle Bewirtschaftung der wichtigsten Bedarfsgüter, die Rückführung der Rohstoffpreise auf den tatsächlichen Weltmarktpreis, scharfe gesetzliche Maßnahmen gegen Wirtschaftsverbrecher, das volle Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und einen sofortigen Lastenausgleich zur Linderung der größten Not fordern.

Den größten Beifall zollte die Riesenmenge dem Sprecher, Schweizer, ADGB-Vorsitzender in Mannheim, als er verkündete, daß die Gewerkschaften sofort mit dem Kampf beginnen werden, um einen vollen Lohnausgleich angesichts der hohen Preise durchzusetzen.

Das Stadtbild Mannheims war am Mittwochmorgen vollkommen durch die Demonstrationen der Betriebsbelegschaften zum Mannheimer Marktplatz beherrscht. Obwohl kein Beschluß der Gewerkschaftsdelegierten bestand, marschierten alle entscheidenden Großbetriebe in geschlossener Formation zur Kundgebung, Transparente und Plakate mit sich führend, die klar ihrem Willen Ausdruck gaben. Wiederholt waren Transparente zu sehen mit der Losung: „Weg mit den Frankfurter Hungerdiktatoren!“ oder „Bei Weltmarktpreisen auch Weltmarktlöhne!“ Ein Plakat erregte besonderes Aufsehen, das die Aufschrift trug: „Herunter mit den hohen Preisen, hinauf mit den Schiebern!“ und durch einen gezeichneten Galgen versinnbildlichte, was gemeint ist.

Häufig war in großen Schriften die Forderung auf eine sofortige Herbstbeihilfe zu lesen. Eine Forderung, der hohe Bedeutung zukommt; denn man soll sich im Ernst in den Gewerkschaftskreisen darüber im klaren sein, daß man einen Proteststreik und eine solche gewaltige Demonstration nicht in einer nur drohenden Forderung an den Wirtschaftsrat, so notwendig diese auch ist, ausklingen lassen darf. Es ist wesentlich, ein Ziel zu setzen, das in der Reichweite der Verwirklichung für jede Belegschaft jeden einzelnen Betriebes liegt. Diese ist in der Forderung einer einmaligen Herbstbeihilfe gegeben. Sie zu verwirklichen ist das Ziel in den Betrieben! Dafür

hat die gewaltige Kundgebung in Mannheim die Grundlage geschaffen. Der Frankfurter Wirtschaftsrat ist ja nichts anderes, als der geschäftsführende Ausschuß des deutschen und

reform, durch Warenhortung und das Hochklettern der Preise dem Volk abgenommen haben. Den hohen Preisen zu Leibe zu rücken, ist nur ernsthaft möglich auf dem Wege, die Löhne heraufzusetzen. Mit der Forderung allein ist es nicht getan. Damit auch nicht, daß man darauf hinweist, daß der Kampf zu führen ist. Den Kampf zu organisieren, einzuleiten, zweckmäßig zu gestalten, darin besteht die Aufgabe. Wird dies getan, ist die Voraussetzung zur Stärkung der Gewerkschaften, wie umgekehrt die Voraussetzung zum größeren Erfolg der gewerkschaftlichen Anstrengungen gegeben. Verantwortung und Verpflichtung, die auf den Gewerkschaften wie auf den sozialistischen Parteien liegen, bestehen gegenüber dem ganzen werktätigen Volke.

Das schaffende Volk Mannheims war auf der Kundgebung der Gewerkschaften stark wie selten vertreten. An seinem Willen liegt es nicht, das zu tun, was seiner Ausplünderung Einhalt gebietet. An der Führung der Gewerkschaften und sozialistischen Parteien aber liegt es, ob dieses Wollen einen Sinn und ein Ziel bekommt. Mit Resolutionen allein wird man dem

Aktive Abwehr der Renazifizierung

Belegschaft gegen Nazidirektor im Stahlwerk

Mannheim. (EB) Die Belegschaft des Stahlwerks Rheinau legte heute morgen 9 Uhr spontan die Arbeit nieder, weil der Aufsichtsrat der Firma die Wiedereinstellung des früheren Direktors Esser, der der Belegschaft als aktiver Nazist noch sehr gut in Erinnerung ist, erzwingen wollte. Der Betriebsrat hatte seine Zustimmung zu dieser Einstellung versagt. Heute morgen erschien plötzlich der Aufsichtsrat, mit Esser in der Mitte und präsentierte

der Belegschaft ihren „neuen“ Direktor. Man glaubte, über den Betriebsrat hinweggehen zu können. Die Rechnung stimmte aber nicht. Geschlossen verließen die Arbeiter den Betrieb.

Gegen Mittag wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Der Aufsichtsrat steht noch in Verhandlungen mit dem Betriebsrat. Seitens der Belegschaft besteht nach wie vor die Bereitschaft, die Arbeit niederzulegen, wenn ihr der Direktor aufgezwungen werden soll.

fremden Unternehmertums, der diesen durch seine Politik die Möglichkeit schafft, im großen Profit zu scheffeln, gleichgültig dabei, ob das Volk dem Hungertode ausgeliefert wird. Gegen den Frankfurter Wirtschaftsrat sein, verpflichtet ebenso gegen die Unternehmer zu stehen, die die Früchte der volksfeindlichen Politik des Frankfurter Wirtschaftsrates einheimsen. Ihnen in Form einer einmaligen Winterbeihilfe als nächstes etwas abzunehmen, heißt nicht mehr, als sie ein klein wenig um das zu erleichtern, was sie durch Währungs-

nicht gerecht. Der nächste Schritt, der zu tun ist, den gilt es festzulegen. Die Forderung nach einer einmaligen Herbstbeihilfe, wie nach Erhöhung der Löhne, ist die Forderung, die nicht nur dem Frankfurter Wirtschaftsrat, sondern unmittelbar jedem Unternehmer zu stellen ist. Den Unternehmern im Kampf etwas abgenommen, seinem Hungerfeldzug gegen das schaffende Volk Schranken gesetzt, bedeutet ebenso den Frankfurter Wirtschaftsrat getroffen zu haben. Die Zeit des Redens ist vorbei, in den Betrieben muß gehandelt werden!

Ost-West-Gegensätze / Interview mit Walter Fisch

Die amerikanische Nachrichtenagentur Associated-Press richtete an Walter Fisch, den stellvertretenden Vorsitzenden der KPD, einige Fragen, die wir nachstehend mit den Antworten wiedergeben:

Frage: Wie sind nach Ihrer Ansicht die Ost-West-Gegensätze, insbesondere im Hinblick auf das Berliner Problem, zu lösen?

Antwort: Die augenblicklichen Gegensätze zwischen Osten und Westen, die sich auf das Deutschlandproblem und insbesondere auf die Berliner Frage beziehen, können überwunden werden. Jede weitere Verschleppung oder Verschärfung der bestehenden Gegensätze wäre nur zum Schaden des deutschen Volkes. Eine Lösung des Konfliktes aber kann es nur auf der Basis des Potsdamer Abkommens von 1945 geben. In diesem verpflichteten sich die Unterzeichner, die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands wiederherzustellen und eine ge-

samtdeutsche aus demokratischen Wahlen hervorgegangene Regierung zuzulassen. Das Berliner Problem ist ein Teil der Schicksalsfrage Deutschlands und kann isoliert nicht geklärt werden. Diejenigen, die zwar auf der Viermächtekontrolle über Berlin beharren, im Westen Deutschlands aber gleichzeitig ein separates Regime der drei Westmächte aufbauen, handeln nicht nur unlogisch, sondern versperrt jeder Lösung der gegenwärtigen schwierigen Lage den Weg. Die Sowjetunion hat vorgeschlagen, die am 30. August in Moskau getroffenen Vereinbarungen als Grundlage für weitere Verhandlungen der Außenminister der vier Großmächte zu nehmen. Jeder vernünftige Mensch, der am Frieden interessiert ist, muß diesen Vorschlag begrüßen und sieht in ihm die einzige reale Chance für die Beendigung des unnatürlichen Zustandes, unter dem die Berliner Bevölkerung gegenwärtig leidet.

Frage: Wie beurteilen Sie die Chancen der UN auf diesem Gebiet?

Antwort: Die Vereinten Nationen werden nicht in der Lage sein, das Deutschlandproblem oder die Berliner Frage zu lösen; sie sind dafür nicht zuständig. Diejenigen, die das Berliner Problem vor die UN gebracht haben, glaubten auch selbst nicht daran, daß dabei etwas Vernünftiges herauskomme. Sie dachten nur an einen Propagandaeffekt.

Frage: Glauben Sie, daß die Schaffung westdeutscher Regierungsinstitutionen, wie sie von den sechs Mächten in London empfohlen wurden, zu einer weiteren Verschärfung der Lage zwischen Ost und West führen wird?

Antwort: Die Londoner Vereinbarungen über Deutschland vom Juni ds. Js. haben zweifellos zu einer Verschärfung der Beziehungen zwischen

(Fortsetzung auf Seite 2)

Karl Liebknecht

Der Sozialismus ist allein imstande, das große Werk des dauernden Friedens zu vollbringen, die tausend blutenden Wunden der Menschheit zu heilen, die vom Zuge der Apokalyptischen Reiter des Krieges niedergestampften Fluren Europas in blühende Gärten zu verwandeln, an Stelle der vernichteten Produktionskräfte verzehnfachte neue hervorzuzaubern, alle physischen und sittlichen Energien der Menschheit zu wecken und an Stelle des Hasses und der Zwietracht bürgerliche Solidarität zu setzen, Eintracht und Achtung für alles, was Menschenantlitz trägt.

„Churchill, eine Gefahr für den Frieden“

Churchills Rede auf der diesjährigen Jahreskonferenz der Konservativen Partei in Llandudno war eine einzige Kriegsfanfare. Als Gegenmaßnahme für die „Blockade von Berlin“ verlangte Churchill Vorgehen gegen den russischen Handel und die Ausfuhr nach der Sowjetunion. Er bedauerte, daß die britische Armee und die amerikanischen Panzer 1945 nicht weiter nach dem Osten gerückt sind. Im Vertrauen auf die Atombombe, meinte er, „die Dinge mit dem roten Imperialismus sollten zu einem Ende gebracht und eine endgültige Lösung gefunden werden.“ Unverhüllt war die Aufforderung zum Krieg noch nicht er-gangen.

Churchill beschwor die Vereinigten Staaten, den Atombombenvorrat nicht zu vernichten, sie „würden sich sonst des Mordes an der menschlichen Freiheit schuldig machen.“

Die Rede Churchills hat in England ein nicht für ihn freundliches Echo hervorgerufen. Sie mußte naturgemäß für viele Politiker der Labour-Party peinlich sein. Die Politik Bevins in der Berliner Frage entspricht doch ganz den Wünschen Churchills und die englische Außenpolitik Bevins hat die ausdrückliche Unterstützung der Konservativen gefunden. Die Rede Churchills stellt stillschweigend eine Kommentierung der Außenpolitik der Labour-Regierung dar. Churchill bestätigte ihren antisowjetischen Charakter, indem er sich mit ihr weitgehendst identifiziert. Wenn das ein Churchill tun kann, dann muß diese Politik sehr weit von einer sozialistischen, friedlichen und demokratischen Zielsetzung entfernt sein. Den Labourpolitikern ist es nicht angenehm, daß Churchill den Charakter ihrer Außenpolitik so rücksichtslos bloßlegte, indem er sich so weitgehend mit ihr solidarisierte. Es entspricht der eigenen innerpolitischen Gefahr für die Labour-Party und der Stimmung des englischen Volkes, wenn jetzt einige bekannte Labour-Politiker gegen Churchill Front machen. So hat Bevan, der britische Gesundheitsminister der Labour-Party, die Rede Churchills als ein nationales und internationales Unglück von nicht wieder gutzumachendem Schaden bezeichnet. Er sagte: „Churchill hat Äußerungen über die internationale Lage gewagt, die zu den allerernsten Mißverständnissen Anlaß geben können.“ Die Russen würden die Churchillrede vor dem konservativen Parteitag im Lichte von 1920 sehen, weil Churchill der Mann gewesen sei, der die russische Revolution innerhalb weniger Jahre nach ihrem Erfolg zu nichte machen wollte. Churchill sei der Führer einer Partei, die Hitlers Machtergreifung stillschweigend geduldet habe.

Shinwell, der britische Kriegsminister, erklärte in einer Rede in Oxford, Churchill bedeute eine Gefahr für den Frieden. Churchill habe Hervorragendes im Krieg geleistet, daher wünsche er auch einen neuen Krieg. „Er ist wie eine Primadonna und will nicht in der Öffentlichkeit auftreten, wenn es ihm nicht möglich ist, explosiv zu wirken.“ So richtig diese Charakterisierung Churchills ist, wäre es leichtfertig, nur in ihm die Gefahr für den Frieden zu sehen. Churchill ist nur der extreme und brutale Sprecher für die Kräfte in der Welt, die dem dritten Weltkrieg zusteuern und bereits im Begriffe sind, ihn zu organisieren. Churchill ist der Sprecher des internationalen Monopolkapitals, das die Welt nicht zum Frieden kommen läßt und ihn sabotiert, indem es maßlos die Kriegsrüstung betreibt und die Welt in zwei Lager spaltet.

ym

Ost-West-Gegensätze (Fortsetzung von Seite 1)

der Sowjetunion und den Westmächten beigetragen. Sie waren ein klar überlegter Bruch der Abkommen von Jalta und Potsdam. Die aus den Londoner Empfehlungen resultierenden Bemühungen um die Schaffung eines separaten westdeutschen Staates verwirren die internationale Lage nur noch mehr und bedeuten außerdem eine in ihren Folgen noch unabsehbare Belastung des deutschen Volkes. Jeder, der an der baldigen Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und am Frieden interessiert ist, muß darum die Schaffung sogenannter Regierungsinstitutionen für Westdeutschland mit aller Entschiedenheit bekämpfen.

Frage: Halten Sie die Schaffung einer deutschen Heeres- und Polizeitruppe im Rahmen der Westeuropäischen Union für möglich und wenn ja, würden Sie es begrüßen?

Antwort: Es ist bezeichnend, daß das ganze Gerede über die Schaffung einer deutschen Heeres- oder Polizeitruppe seinen Ausgangspunkt bei den Westmächten nimmt. Das Monopolkapital der Rüstungsindustrie hat zweifellos ein Interesse daran, die allgemeine Kriegspanik zu erhöhen, weil es sich davon eine Steigerung seiner Dividenden verspricht. Das deutsche Volk aber hat weder ein Interesse am Steigen amerikanischer Rüstungsdividenden, noch an der Schaffung einer Armee von deutschen Kolonialsoldaten, die dazu bestimmt sind, ihren Kopf für fremde Interessen hinzuhalten. Leider kennt die deutsche Geschichte allzu viele Beispiele für deutsches Landsknechtstum im Dienste fremder Herren. Wir haben wahrlich keinen Grund, die tragische Geschichte Deutschlands um ein neues Beispiel würdeloser Anbiederung an fremde Kriegsinteressen zu mehren. Der Anblick der Trümmer unserer Städte und das namenlose Elend von Millionen verpflichtet einen jeden Deutschen zur energischen Absage an alle Pläne für eine deutsche Heeresmacht unter dem Oberkommando der sogenannten West-Union. Das deutsche Volk ist von niemandem bedroht, außer von denen, die seit je am Krieg und am Elend der Völker verdient haben.

Im Kampf für den Frieden

Deutscher Volksrat zur Berliner Frage

Die Vorsitzenden des Präsidiums des „Deutschen Volksrates“, Wilhelm Pleck, Otto Nuschke und Professor Hermann Kastner, nahmen, lt. Südena, die Verschärfung des internationalen Konflikts auf Grund der Berliner Krise zum Anlaß einer Erklärung, in der es u. a. heißt: Es hätte niemals eine Berliner Frage gegeben, wenn die Forderungen des „Deutschen Volksrates“ als der einzigen zur Zeit bestehenden gesamtdeutschen demokratischen Repräsentation des deutschen Volkes angenommen, die Einheit Deutschlands gewahrt und eine einheitliche Währungsreform durchgeführt worden wäre. Es sei eine Verdrehung der Tatsachen, Schutzmaßnahmen im Interesse der deutschen Bevölkerung und der Wirtschaft in der sowjetischen Zone als eine Blockade Berlins zu bezeichnen. Die Deutsche Wirtschaftskommission habe alles getan, um die Versorgung der gesamten Berliner Bevölkerung sicherzustellen. Sie habe allen Bewohnern der Berliner Westsektoren die Möglichkeit gegeben, sich im Ostsektor zu versorgen.

Lohnerhöhungen durchgesetzt

(EB) Im Betrieb Veith in Heidenheim (Württemberg) hat der Betriebsrat nach langen Verhandlungen eine 15-20prozentige Lohnerhöhung für die minderbezahlten Arbeiter erreicht. Durch diese Lohnerhöhung ist es gelungen, ungefähr ein Drittel der Belegschaft in bessere Lohnverhältnisse zu bringen und die krassen Unterschiede zwischen den Spitzenlöhnen und den übrigen Löhnen zu verringern. Der durchschnittliche Grundlohn, der als Basis für eine Akkordberechnung dient, ist von 1,10 DM auf 1,28 DM erhöht.

Dieser Erfolg ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß 98 Prozent der Arbeiter und Angestellten des Betriebes in der Gewerkschaft organisiert sind und daß sich diese Gewerkschaftler einen fortschrittlichen Betriebsrat gewählt haben.

Um menschenwürdige Entlohnung

Der Lohnstop aufgehoben. — Kampf um Angleichung der Löhne an die Preise

Seit der Aufhebung der Lohnstopverordnung sind 14 Tage vergangen, ohne daß die beiden Vertragspartner, Unternehmer und Gewerkschaften, Einzelheiten über ihre künftigen Pläne verlauten ließen. Es steht fest, daß die Wochen und Monate bis zum 31. März 1949, dem Tag, an dem alle neuen Tarifverträge abgeschlossen sein müssen, mit Lohnkämpfen ausgefüllt sein werden, deren Vorbereitung von der Unternehmenseite bereits fundiert ist. Die Gewerkschaften haben sich dagegen noch nicht genügend für die kommenden Kämpfe gewappnet, da ihre Führung durch die einseitige Betonung des Kampfes und die Herabsetzung der Preise das zur Zeit ebenso brennende Problem der Lohnerhöhungen zu wenig beachtet hat. Die durch die Freigabe der Löhne geschaffene völlig offene Situation zwingt zu entschlossenem Handeln, um das Versäumte nachzuholen. Die Notwendigkeit der Freigabe der Löhne war angesichts der ständig steigenden Preise und der auch von manchem „Gewerkschaftler“ gebilligten freien Frankfur-

ter Mißwirtschaft klar. Die Freigabe der Löhne muß also den Zweck haben, die Angleichung der Löhne an das überhöhte Preisniveau durchzusetzen.

Was wurde von der Gewerkschaftsführung für diese lebensnotwendige Frage aller Werktätigen vorbereitend unternommen? Wie haben sich die Arbeiter und Angestellten für die kommenden Kämpfe zu wappnen? Was hat man getan, um ein gemeinsames Vorgehen aller Gewerkschaften in diesen Fragen zu erreichen? Was ist von der organisierten Unternehmenseite zu erwarten?

Die Gewerkschaftsführung der drei Westzonen hat es bisher unterlassen, die Arbeiter und Angestellten für die kommende Entwicklung in genügendem Maße vorzubereiten. Durch ihre bisherige, zu jedem Kompromiß bereite Haltung ist es ihr noch nicht einmal gelungen, die von der Militärregierung angeordnete 15prozentige Lohnerhöhung für alle Werktätigen durchzusetzen. Es ist einfach lächerlich, wenn man diese laue Haltung meist damit begründet,

Einmalige Herbstbeihilfe nötig!

Flugblatt der Kommunistischen Partei zur Unterstützung der Protestaktion der Gewerkschaften in Mannheim

Die Kommunistische Partei hat sich voll und ganz eingesetzt, um die Protestaktion der Gewerkschaften in Mannheim und den übrigen nordbadischen Städten zu machtvollen Kundgebungen zu gestalten. In einem Flugblatt der Kreisleitung der KP Mannheims wird hervorgehoben, daß die Protestaktion der Gewerkschaften alle angeht, denn jeder Schaffende, ob Arbeiter oder Angestellter, ob Beamter oder Mittelständler, Rentner und Fürsorgeempfänger, Frau oder Jungendlicher, ist aufs härteste von den Auswirkungen der Politik der Dr. Erhard, Dr. Pünder, Schlange-Schönning und Konsorten betroffen. Es darf nicht weiter gehen wie bisher! Kampf gegen die hohen Preise, Kampf um höhere Löhne ist die Lebensfrage, die unerbittlich für alle steht.

Voll Sorge und Angst sieht jeder Schaffende, Kleinrentner und Fürsorgeempfänger dem Winter entgegen. Vor zehntausenden Familien steht die bange Frage, woher das Geld für das Einkellern von Kartoffeln, Holz und Kohle zu nehmen? Angesichts der tatsächlichen Lage erhebt sich der Ruf nach einer wirksamen Soforthilfe für alle.

Eine einmalige Herbstbeihilfe ist nötig!

Als die Delegierten des Ortskartells Mannheim die Kundgebung am Mitt-

woch beschlossen, haben sie diese Forderung gestellt. Die Protestaktion gibt durch ihre Größe den Boden in jedem Betrieb Mannheims ab, die Frage an die Unternehmer zur sofortigen Auszahlung der einmaligen Herbstbeihilfe zu stellen. Für Verheiratete mit Kindern DM 40.— für Verheiratete ohne Kinder DM 30.— für Ledige DM 20.— ist die gerechte Forderung, die erhoben und um deren Durchsetzung in jedem Betrieb zu kämpfen ist. An die städtischen und staatlichen Stellen ist die gleiche Forderung für die Rentner, Körperbeschädigten und Fürsorgeempfänger erhoben.

Die Kommunistische Partei wird im Stadtrat wie im Württembergisch-Badischen Landtag diese Forderung vertreten!

Erfolge der chinesischen Freiheitsarmee

Nach dpd. Die Räumung der wichtigen Hafenstadt Tschifu in der Provinz Schantung durch die Regierungstruppen wurde offiziell bestätigt. Die USA-Botschaft in Nanking gab bekannt, daß über 40 Ausländer an Bord eines amerikanischen Zerstörers aus Tschifu evakuiert wurden.

Vorbereitung zu Lohnkämpfen

Lohnverhandlungen in der Metallindustrie — Unternehmer lehnen Forderungen der Gewerkschaften ab

Die Tarifkommission der Metall-Industriellen hat die gewerkschaftliche Forderung auf eine 20prozentige Lohnerhöhung abgelehnt. Die Gewerkschaften erklärten sich bereit, um die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen, auf 12 Prozent herunterzugehen. Trotz stundenlangem Verhandlungen kamen die Unternehmer nur bis 8 Prozent für Ledige und 10 Prozent für Verheiratete — befristet für drei Monate — entgegen.

Boscharbeiter für Kampfmaßnahmen
96 Prozent der Arbeiter der Robert-Bosch-Werke entschieden sich in einer

Rudolf Kohl

ehemaliger Arbeitsminister spricht am Donnerstag, 28. Oktober, 19 Uhr, in Mannheim, Rosengarten

geheimen und schriftlichen Abstimmung dafür, die Tarifkommission der Gewerkschaften zu beauftragen, an der geforderten 12prozentigen Lohnerhöhung festzuhalten und erklärten sich bereit, wenn es sein muß, diese Forderung durch eine Kampfmaßnahme zu erzwingen.

Auch ein Vertreter der Angestellten erklärte sich auf der Betriebsversamm-

lung mit der Forderung der 3500 abstimmen Arbeiter solidarisch.

In der Entschließung kam zum Ausdruck, daß die gewaltigen Preissteigerungen und die unerhörten direkten und indirekten Steuern einen solchen Teuerungszuschlag unbedingt notwendig machen.

Auch die übrigen Stuttgarter Metallbetriebe werden im Laufe des Donnerstags und Freitags zu den Lohnverhandlungen Stellung nehmen.

Streikende Bergarbeiter vertreten französische Regierungstruppen

Paris. (Eig. Ber.) Streikende Bergarbeiter griffen in Noeux les Mains im nordfranzösischen Kohlenrevier die Regierungstruppen an, die einen Schacht besetzt hatten. Die Truppen wurden zurückgetrieben und gezwungen, das Werkgelände zu räumen. Das Zentrum des Kohlenreviers St. Etienne befindet sich praktisch im Belagerungszustand. Streifen bewaffneter Polizisten kontrollieren in der Stadt die Straßenpassanten. Alle öffentlichen Versammlungen sind verboten. Die in diesem Gebiet zusammengezogene Polizei und Truppeneinheiten werden auf 10 000 Mann geschätzt.

daß im Interesse des Arbeitsfriedens und des Wiederaufbaues nicht einmal von der Militär-Regierung gestützte Forderungen erreicht werden können. Es zeugt von einem nicht mehr zu überbietenden Opportunismus, wenn man billigt, daß die organisierte Unternehmenseite laufend gegen bestehende Anordnungen verstößt, ohne auch nur den Versuch zu machen, über Verhandlungen hinter verschlossenen Türen hinaus diese gesetzlich sanktionierten Lohnerhöhungen mit anderen Mitteln zu erkämpfen.

Im Gegenteil überall da, wo die Arbeiter entschlossen waren, mit dem Mittel des Streiks den Kampf aufzunehmen, ist die Gewerkschaftsführung nicht an die Spitze der Bewegung getreten, sondern begnügte sich meist mit dem Amt des „Schlichters“, also einer Funktion, die dem Staat vorbehalten ist. Mit welchen Aussichten die Gewerkschaften mit einer derartigen Führung in die Kämpfe der kommenden Wochen und Monaten gehen, bedarf keiner Illustration und wird von den meisten Werktätigen sicher richtig erkannt. Es gilt also, bei den noch ausstehenden Gewerkschaftswahlen die Führung dahingehend zu ändern, daß fortschrittliche und entschlossene Männer und Frauen an die Stelle derer treten, die so offensichtlich versagen.

Aber die Erfahrungen haben gezeigt, daß ohne die Initiative der Werktätigen im Betrieb auch die beste Gewerkschaftsführung ohne Erfolg bleiben muß. Umsomehr kommt es jetzt darauf an, in den Betrieben konkrete Lohnforderungen auszuarbeiten, die der sozialen Lage der Arbeiter im allgemeinen und der einzelnen Berufsgruppen im besonderen gerecht werden. Es hat sich in der Vergangenheit als unzureichend erwiesen, mit allgemeinen prozentualen Forderungen Verbesserungen zu erreichen, da vor allem die niedrigeren Lohnstufen dabei immer zu kurz kommen. Gerade diesen Lohngruppen muß der neue Tarifvertrag eine lebensfähige Basis schaffen. Ein Lohnaufschlag von mindestens 30 Pfennigen pro Stunde auf jeden Lohn und von 50.— bis 60.— D-Mark für die unteren Gehaltsstufen sind notwendig, um ein Lebensminimum im Verhältnis zu den bestehenden hohen Preisen zu ermöglichen. Einige Betriebe, wie Veith (Heidenheim) und Bosch (Stuttgart) haben in dieser Hinsicht schon annehmbare Erfolge erzielt, und es steht außer Zweifel, daß dies bei genügendem Nachdruck in allen Betrieben durchgesetzt werden kann.

Jeder Arbeiter und Angestellte muß selbstverständlich wissen, daß die Widerstände, die die Unternehmer und ihre Organisation aufrichten werden, ohne Kampf nicht überwunden werden können. Nur ein gemeinsames hartnäckiges Vorgehen kann zum Erfolg führen. Jeder Werktätige möge sich bei den kommenden Auseinandersetzungen bewußt sein, daß die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Zusammenbruch des Naziregimes in Westdeutschland nur den Unternehmer begünstigt und dem arbeitenden Menschen neue schwerste Lasten auferlegt hat. Diese Wirtschaftspolitik, die unter Führung der CDU und unter Mitverantwortung der SPD eine wiedererstarke, aufs beste organisierte Kapitalistenklasse entwickelt hat, zwingt alle Schaffenden dazu, den Kampf mit allen verfügbaren Mitteln um eine bessere Lebenshaltung aufzunehmen. Die Arbeitgeberverbände der Doppelzone haben mit dem Tage der Freigabe der Löhne neue Richtlinien für die künftige Lohnpolitik der Unternehmer beschlossen. Diese Richtlinien tragen selbstverständlich alle Züge einer kapitalistischen Ausbeutungspolitik, die darauf abzielt, die jetzt schon wieder erheblichen Gewinne der Unternehmer noch mehr auf Kosten der Arbeiter und Angestellten zu vergrößern.

Wenn wir schon gezwungen sind in einem sich entwickelnden Staatsgebilde zu leben, das mit dem Pferdefuß des Imperialismus belastet ist, so kann uns doch niemand daran hindern, die gerechtfertigten Forderungen nach einem Existenzminimum zu erkämpfen. —tz.

Entlassungen im Hafen

Nach dpd. Der Hafenbetriebsverein entläßt in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften an 500 von den etwa 1000 Kartenarbeitern des Bremer Hafens. Diese Maßnahme ist erforderlich, weil in den letzten Monaten im Bremer Hafen der Schiffsverkehr ständig zurückging.

KPD Uns gehört
die Zukunft

Wyschinski zum Abrüstungsvorschlag der UdSSR

„Legen Sie Ihre Karten auf den Tisch und wir werden es auch tun!“

Paris. (E.B.) In der Politischen Kommission der UN begründete Wyschinski den sowjetischen Vorschlag einer teilweisen Abrüstung. Wyschinski führte u. a. aus:

„Wir sehen zwei Lager in dieser Kommission. Die Staaten des ersten Lagers verteidigen den Frieden, während die andere Gruppe die Maßnahmen zur Durchführung des Verbots der Atomwaffe und zur Herabsetzung der Streitkräfte auf einen späteren Zeitpunkt verschieben und sabotieren will. Diese Stellungnahme steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der UN und zu den vor zwei Jahren getroffenen Entscheidungen, denen damals niemand öffentlich zu widersprechen wagte.“

„Diese Stellungnahme“, so fuhr Wyschinski fort, „bedeutet eine Bedrohung des Friedens. Sie beabsichtigt nichts anderes als die Zurückweisung der von der UdSSR unterbreiteten Vorschläge. Sie wiederholt sich seit 25 Jahren jedesmal, sobald die Völker der Sowjetunion den Versuch machen, eine Abrüstung vorzuschlagen. Der sowjetische Vorschlag ist wiederum von den Vertretern der USA, Großbritanniens und Frankreichs zurückgewiesen worden, die in ihren Angriffen gegen die UdSSR alle Grenzen überschritten haben. Sie haben es nötig, daß man ihnen aus dem Labyrinth ihrer Ideen, die sie vorbringen, um den sowjetischen Vorschlag zu bekämpfen, heraushilft. Und das will ich jetzt tun.“

„Selbst wenn wir einen großmütigen, fortschrittlichen Vorschlag machen, sagen unsere Gegner, wir seien Angreifer“, erklärte Wyschinski, der zu den Ausführungen des britischen Delegierten Sir Hartley Shawcross Stellung nahm und sie als böswillig bezeichnete. Wyschinski fügte hinzu: „Der englische Delegierte will den Bericht des Unterausschusses für Atomfragen abwarten. Dies beweist den schlechten Willen, ernsthaft den sowjetischen Vorschlag in Erwägung zu ziehen, und den Wunsch, der Diskussion aus dem Wege zu gehen, in welcher Beziehung steht der sowjetische Vorschlag mit der Frage des Verbots der Atomwaffe? Der Unterausschuß befaßt sich nur mit der Ausarbeitung einer Resolution über den Bericht der Atomkommission: Eine solche Art, das Problem zu behandeln, die nur ein Ablenkungsmanöver darstellt, kann man nicht dulden.“

„Jeder Paragraph der britischen Resolution enthält eine Anschuldigung“, sagte Wyschinski, „und man erklärt uns, sie sei im loyalen Ton abgefaßt, während der Unruhe aggressiv provozierend sei. Dies bedeutet, daß wir nicht imstande sind, uns zu verständigen.“

„Alle diese Erklärungen haben nur das eine Ziel, nämlich zu beweisen, daß sich die UdSSR jeder Zusammenarbeit widersetzt und sich im Kriegszustand mit der übrigen Welt befindet“, erklärte schließlich Wyschinski. „Man wagt nicht, den sowjetischen Vorschlag offen abzulehnen, daher sucht man nach schlechten Gründen, um die öffentliche Meinung zu täuschen.“

„Wir wollen die Zusammenarbeit“, fuhr der Sowjetdelegierte fort, „aber nicht auf der Grundlage eines Diktats. Wir wollen auf der Basis der gegenseitigen Achtung und Gleichberechtigung zusammenarbeiten.“

Wyschinski beschuldigte ferner die USA, daß sie zum Aufblühen der faschistischen Ideologie beigetragen haben und fügte hinzu: „Sie sagen uns, daß ideologische Fragen keine Rolle spielen dürften, aber in Wirklichkeit spielen sie sie aus. Die Unterschiede der Ideologien haben uns während des Krieges nicht gehindert, zusammen zu kämpfen. Warum sollten sie uns am Austausch unserer Werkzeugmaschinen hindern?“

„Seit 1917“, so sagte Wyschinski, „fordert die UdSSR zur Abrüstung“

Polen hebt Brot- und Mehrationierung auf

Nach dpd. Ab 1. November wird laut Beschluß des Ministerrates in Polen die Brot- und Mehrationierung aufgehoben sowie die bestehenden Einschränkungen im Verbrauch von Getreideartikeln fallen gelassen.

Bodenreform in Burma

Nach dpd. Das Parlament von Burma billigte ein Gesetz zur Durchführung der Bodenreform. Das Landeigentum von Großgrundbesitzern soll Bauern übereignet werden.

auf. Wir sind gegen den Rüstungswettlauf, wir sind auch gegen den Krieg, obgleich wir wissen, daß der Krieg das unvermeidliche Gesetz der kapitalistischen Länder ist.“

Wyschinski erklärte sich bereit, alle von seinen Gegnern verlangten Angaben über das Budget, die Effektivitäten und die Verteilung der sowjetischen Streitkräfte zu liefern.

Wyschinski forderte die anderen Länder dazu auf, den Vorschlag über die Herabsetzung der Rüstung und der Streitkräfte um ein Drittel anzunehmen und fügte hinzu: „Legen Sie Ihre Karten auf den Tisch und wir werden es auch tun. Ich erkläre mich zum Garant des guten Willens der UdSSR.“

Er fragte sodann, ob die UdSSR es sei, die die Vereinigten Staaten oder England mit einem Netz von militärischen Stützpunkten umgibt und er verwies auf die von seinem Land unternommenen Bemühungen zur Herstellung des Vertrauens, wie es in

Kommunistischer Redakteur vor dem Militärgericht

Prozeß gegen „Stuttgarter Volksstimme“

Der Prozeß gegen den Chefredakteur der „Stuttgarter Volksstimme“, Mitteilungsblatt der KPD Württemberg, begann am 12. Oktober 1948 vor dem Mittleren Militärgericht in Ludwigsburg. Dem Angeklagten wird vorgeworfen, Mißtrauen gegen die Besatzungsmacht erweckt und Gerüchte zur Beunruhigung der deutschen Bevölkerung ausgestreut zu haben. Der Angeklagte bekannte sich in allen Fällen als „nichtschildig“.

Mister Sailer von der Preß Control Branche der Militär-Regierung bezeugte, daß die „Volksstimme“ eine Veröffentlichung vom Oktober sofort in der nächsten Nummer berichtigt habe und, als diese Berichtigung der Militärregierung nicht genügte, auch in der übernächsten Nummer eine weitere Berichtigung vornahm.

Eine längere Auseinandersetzung ergab sich aus der Zeugenvernehmung eines Sachverständigen der Ernährungsabteilung der Militärregierung, wegen des in der „Volksstimme“ im März dieses Jahres veröffentlichten Artikels über die importierten Datteln. Diese stammten nicht aus Afrika, wie die „Volksstimme“ vermutet hatte, sondern aus dem Irak. Auf Fragen des Verteidigers erklärte der Zeuge, man habe nach Eintreffen der Datteln festgestellt, daß die Qualität schlecht sei.

Am 13. Oktober, dem 2. Verhandlungstage wurde die Beweisaufnahme abgeschlossen.

Van Dyck wies während dieser auch darauf hin, wie schwierig seine Arbeit dadurch sei, daß ihm nicht die Hilfsmittel wie Nachrichtenagenturen, Korrespondenten in jeder größeren Stadt, zur Verfügung stehen. Das verbiete sich schon aus finanziellen Gründen bei einem Mitteilungsblatt wie der „Volksstimme“. Er sei daher gezwungen gewesen, sein Nachrichtenmaterial auch aus der Lizenzpresse zu entnehmen,

der Evakuierung Koreas und der Demobilisierung mehrerer Jahrgänge zum Ausdruck kam.

In diesem Zusammenhang klagte Wyschinski die Westmächte der falschen Beschuldigung an, die Welt würde über die Abrüstungsmaßnahmen der Sowjets in Unkenntnis gehalten. Er wies auf die in der Sowjetpresse von der Regierung veröffentlichten Erlasse hin. Er stellte die Frage: „Es war möglich, die Verwendung von Giftgasen und den Bakterienkrieg zu verbieten; warum sollte es dann unmöglich sein, in Paris ein Abkommen in dem von mir vorgeschlagenen Sinne abzuschließen? Sollte sich die Vollversammlung zum Verbot der Verwendung der Atomwaffen für militärische Zwecke und zur Herabsetzung der Streitkräfte der fünf Großen auf ein Drittel entschließen, so würde Rußland genau wie alle anderen Staaten die notwendigen Aufklärungen über den Stand seiner Militärmacht und seiner Rüstung selbst auf dem Gebiete der Atomwaffen geben. Dieser Entschluß wäre schon an sich eine sichere Grundlage, die unvergleichliche Entmutigung, ja, ein wunderbarer Auftrieb für die Welt.“

men, so wie das in einigen der in Frage stehenden Artikeln der Fall sei. Er habe dies getan, weil er glaube, daß diese Veröffentlichungen der Lizenzpresse mit den allgemeinen Richtlinien der Militärregierung übereinstimmen.

Zu der Zeichnung, in der die Freiheitsstatue einmal mit der Fackel und das andere mal mit dem Schwert dargestellt wird und deren Inschrift die unterschiedliche Haltung der „Stimme Amerikas“ vom Jahre 1945 und von 1948 charakterisiert, sagte van Dyck, daß er nie der Meinung war, daß die Freiheitsstatue etwa ein „Hohheitszeichen“ sei, zumal ihm Karikaturen ähnlicher Art bekannt seien. In dem dazugehörigen Artikel habe er schon damals zum Ausdruck gebracht, die Deutschen sollten sich aus dem „kalten Krieg“ heraushalten.

Am 14. Oktober 1948 führte der Anklagevertreter u. a. aus, daß durch van Dyck die Freiheitsstatue entheiligt worden sei. Mister Johnson, der anschließend das Wort ergriff, sagte, daß bisher ein ähnlicher Fall noch nicht dagewesen sei. Die Pressefreiheit stehe hier nicht zur Debatte, weil Deutschland im Zustand der Besetzung sei und zu dieser Zeit die Presse eine kontrollierte und eine durch die Besatzungsmacht regulierte Presse sei.

Auch der Verteidiger wies auf die besondere Bedeutung dieses Prozesses hin. Dieser sei umso bedeutender, als sein Ausgang die Auffassung der Deutschen, wie sie ihre Presse gestalten sollten, bestimmen werde. Er legte dem Gericht die Ausgabe der „New York Times“ vom 3. 10. 1948 vor, in welcher eine Zeichnung der Freiheitsstatue enthalten ist, wo diese sogar mit einem Gewehr bewaffnet dargestellt wird.

Das Urteil wird erst nach dem Prozeß gegen den Redakteur des „Badischen Volksecho“, Kurt W. Weber, veröffentlicht.

Pressesstimmen

Westunion auf Kosten Deutschlands

Holland, Belgien und Luxemburg begründen ihre Ansprüche auf verschiedene Weise, nämlich mit wirtschaftlichen, politischen und geopolitischen Gründen, beteuern aber, daß es sich eigentlich nur um „Grenzregulierungen“, nicht aber um Annexionen im eigentlichen Sinne handle. Frankreich unterstützt die Forderungen und auch England ist nicht abgeneigt, hauptsächlich deswegen, weil, wie in Regierungskreisen erklärt wird, die Bündnistreue im Rahmen der Westlichen Union ja verpflichtete.

Neue Züricher Zeitung vom 7. 10. 48.

Dem kleinen Mann leuchtet nicht ein

Den höchsten Anteil steuern nach dem Plan des Verwaltungsrates (Sondersteuer für Berlin, d. Red.) die Gehalts- und Lohnempfänger bei. Diese Methode erscheint uns nicht nur wenig glücklich, sondern zum gegenwärtigen Zeitpunkt sogar im höchsten Grade ungeeignet, das politische Verantwortungsgefühl der Deutschen zu stärken. Wir haben es verlernt, uns für ein „Hilfswerk“, das durch Erhebung von

Zusatzsteuern finanziert wird, in irgendeiner Weise zu erwärmen. Wenn es, wie wir sagten, für die deutschen Politiker überhaupt schwer ist, Begelsterung im Volke zu erwecken, dann sollten sie nicht noch versuchen, mit der Not der Berliner politische Stimmungsmache zu betreiben.

Man sollte auch nicht glauben, die Tätigkeit des bizonalen Wirtschafts- und Verwaltungsrates dadurch dem Volke näher bringen zu können, daß ihm zusätzlich zu den erst jüngst beschlossenen Preiserhöhungen für lebensnotwendige Güter nun noch eine Steuer für Berlin zugemutet wird, nachdem sich bei den Haushaltsberatungen allein schon in der Frage der Gewährung von Aufwandsentschädigungen peinliche Ueberraschungen ergeben hatten. Es wird dem kleinen Mann nicht einleuchten, weshalb gerade er die Finanzierung des Hilfswerks Berlin übernehmen soll, wenn bis heute noch kein sichtbarer Fortschritt in der Erfassung der Enthaltungsgewinne erzielt werden konnte.

Frankfurter Rundschau vom 8. 10. 48.

Sozialistische Partei Frankreichs in der Krise

Die Sozialistische Partei Frankreichs befindet sich in einer ernsten Krise, die bereits zur Gründung einer im Gegensatz zur Führung der SPF stehenden Sozialistischen Oppositionspartei führte. Die SPF verliert durch die Teilnahme an der Regierung Queuille, in der die Freunde de Gaulles schon einige Sitze innehaben, immer mehr an Boden.

Die SPF hat aber auch durch ihre, die französische Kolonialpolitik billigende Haltung stark an Einfluß verloren. So sind fünf Parlamentariermitglieder ausgetreten. Der unmittelbare Anlaß war die Haltung der Partei in der Parlamentsdebatte über Madagaskar. Im letzten Jahr wurden nach der Unterdrückung eines Aufstandes auf Madagaskar fünf madagaskische Abgeordnete, die ihr Land im französischen Parlament vertraten, gesetzwidrig nach Madagaskar zurückdeportiert und dort abgeurteilt. Sozialistische Anwälte bezeichneten die Art, wie dies durchgeführt wurde, als „schändlich“. Die SPF setzte sich daher für die Wiederaufnahme dieser Prozesse außerhalb von Madagaskar ein. Sie zog aber einen diesbezüglichen Antrag wenige Minuten nach seiner Einbringung schon wieder zurück, um ihre Koalitionspolitik mit den anderen Regierungsparteien nicht in Gefahr zu bringen.

Bekennnis zu Deutschland

In einem Brief an den Parteivorstand der KPD hat die KP des Saargebietes erneut ein Bekenntnis zur deutschen KP und zu Deutschland ausgesprochen. In der Antwort des Parteivorstandes heißt es: „Wir danken Euch für Euer Treuebekenntnis zur deutschen kommunistischen Partei, das wir zugleich empfinden als einen unabdingbaren Ausdruck der engen Verbundenheit mit dem schwergeprüften deutschen Volk, das einen der schwersten Kämpfe seiner Geschichte führt um seine Einheit, seine Staatssouveränität, seine demokratischen Grundrechte und einen gerechten Frieden.“

Ernst Roth fristlos entlassen

Der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete des Mannheimer Wahlkreises, Ernst Roth, wurde vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei im Saargebiet von seinem Amt als Chefredakteur der sozialdemokratischen Volksstimme in Saarbrücken fristlos entlassen. Die Entlassung erfolgte deshalb, weil Ernst Roth gegen die Bestrebungen, das Saargebiet an Frankreich wirtschaftlich und politisch anzuschließen, ausgetreten ist. Mit diesen Bestrebungen hat er sich in Gegensatz zu der Sozialdemokratie des Saargebietes gestellt, die nicht nur für die wirtschaftliche, sondern auch für die politische Angliederung eintritt.

Wir stellen damit unsere Notiz im Falle Roth im „Volksecho“ vom 6. Oktober 1938 eindeutig klar. Aus unserer Notiz war nicht zu erkennen, welche Parteinstanz Ernst Roth entlassen hat.

FDGB grüßt französische Arbeiterschaft

Nach dpd. In einem Telegramm an den Nationalkongreß des Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbundes drückt der FDGB seine Bewunderung für den Kampf der französischen Arbeiterschaft aus.

Mit Kanonen sind Kommunisten nicht zu besiegen

Diese Siege (der chinesischen Volksarmee, d. Red.) sind eine schwerwiegende Angelegenheit und scheinen Vorzeichen weiterer kommunistischer Siege in der Zukunft zu sein. Sie zeigen an, daß die Roten trotz einiger Schwierigkeiten, denen sie im letzten Sommer zu begegnen hatten, im Laufe der Zeit noch mehr Kraft entwickeln werden. Es wurde dabei der überwältigende Beweis dafür geliefert, daß Kanonen allein die Kommunisten in China nicht besiegen werden. Die Regierung hat während des Bürgerkrieges die Ueberlegenheit an Waffen besessen, teilweise durch amerikanische Hilfe, aber sie war unfähig, aus dieser Ueberlegenheit Erfolge zu ziehen. Einer der Gründe für ihre Unfähigkeit — dies wurde von amerikanischen Beobachtern in China immer und immer wieder bestätigt — ist die Tatsache, daß der Regierung die genügende Unterstützung der Bevölkerung fehlt.

New York Herald Tribune v. 8. 10. 48.

Unterhaltung und Wissen

Alle Leute mit H'r'n

Interview mit George Bernard Shaw
Von Johannes Steel

George Bernard Shaw, der Nestor der englischen Literatur, ist der Meinung, daß „ein Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion beide Länder ruinieren würde“, daß „Stalin ein großer Staatsmann ist“, daß „Bevin sich wie Bismarck benimmt“, daß „die Juden in Palästina den Kampf zu Ende führen müssen“, und daß „Henry Wallace heute der einzige Amerikaner ist, der weiß, was auf dem Spiele steht, und der einzige unter allen Präsidentschaftskandidaten, der den Fortschritt vertritt.“

Shaw lobt Wallace

Shaw lebt nicht in der Vergangenheit. Er ist viel interessierter an der Zukunft und erweist sich sehr gut informiert über die Gegenwart. Als ich ihn fragte, was er von Thomas E. Dewey, dem Präsidentschaftskandidaten der Republikaner, halte, war seine Antwort sehr kurz: „Nichts. Ich habe mir keine Gedanken über Dewey gemacht. Ich habe ihn nie gesehen.“ Doch bevor ich ihn noch über die anderen Kandidaten befragen konnte, fuhr er fort: „Ich sehe keinen Unterschied. Demokraten oder Republikaner, beide treten für das Gleiche ein. Wallace ist der einzige, den man ernst nehmen muß. Sagen Sie den Amerikanern, daß Shaw sagt, Wallace sei der einzige Kandidat mit einer sozialen Philosophie — der einzige, der der internationalen Situation gewachsen ist, weil er sie versteht.“

USA „tasten im Dunkeln“

„Was denken Sie über die Außenpolitik der Vereinigten Staaten?“, fragte ich ihn. Die Antwort kam wie aus der Pistole geschossen: „Außenpolitik? Amerika hat keine Außenpolitik — es tastet im Dunkeln; nichts als Verwirrung.“

Sich über sein Thema ereifernd, fügte er hinzu: „Noch vor dem ersten Schuß würde ein Krieg die Vereinigten Staaten in den Bankrott treiben. Denn sie müssen den Rest der Welt dafür bezahlen, daß er mit in den Krieg geht. Eins steht fest: England hat nicht so viel Geld.“

Ebenso schnell beantwortete er meine Frage: „Wie könnten die Beziehungen zwischen den beiden Ländern verbessert werden?“ — „Wie?“ entgegnete er, „wie kann es gesunde Beziehungen zwischen einer Tatsache, nämlich der Sowjetunion, und ihrer Ent-

stellung und Verleumdung geben, denen dieses Land in den letzten Jahrzehnten ausgesetzt war? Die Un- und Falschinformiertheit über die Sowjetunion ist in den USA ungeheuerlich, Amerika muß sich zuerst einmal besser informieren. Die Sowjetunion ist ein großartiges Experiment. Soziale Änderungen sind nicht so einfach durchzuführen. Sie brauchen Zeit. Man kann nicht am Montag-Feudalismus haben, am Dienstag Revolution und am Mittwoch Sozialismus.“

Die schlechten Manieren

Der alte Herr war sichtlich in seinem Fahrwasser. Er begleitete meine Frage mit einem Zwinkern und fuhr fort: „Stalin hat es nicht leicht. Alle Leute mit Hirn, alle Sozialisten sollen ihm helfen.“ Und nach einer kurzen Pau-

Unsichtbare Strahlen

Die Sonne, die den ganzen Tag vom wolkenlosen Himmel brannte, wurde erst am Abend matter. Manches Gesicht glühte auch im September noch in rosigem Schimmer. Manche, die ihre Augen nicht genügend vor der Sonne schützten, sitzen tränenüberströmt in einer Sofaecke im verdunkelten Zimmer, ein Tuch über die schmerzenden Augen — Diagnose: Bindehautentzündung.

Wie kommt es nun zu solch unliebsamen Überraschungen, die zum Glück meist ohne Folgen bleiben?

Die Strahlen, die die lebenspendende Sonne ins Weltall hinausschleudert und von denen ein winziger Bruchteil unseren Planeten trifft und auf ihm Leben zeugt und erhält, diese Strahlen sind nicht alle gleicher Art. Die Wissenschaft faßt sie als Wellen auf und kann sogar ihre Länge messen. Der Hauptanteil der von der Sonne ausgesandten Wellen ist nur ein halbes Tausendstel Millimeter lang; treffen sie allein auf unser Auge, haben wir den Eindruck grün. Dann gibt es Wellen, die um ein wenig länger sind; sie vermitteln uns den Farbeindruck gelb bzw. rot, und andere, die kürzer sind als ein halbes Tausendstel Millimeter, erscheinen uns als blaues oder violettes Licht. Dringen alle Lichtwellen zugleich auf uns ein wie beim Sonnenlicht, so vereinigen sie sich in unserem Auge zu blen-

se: „Beziehungen verbessern — das Unglück in der Welt sind die schlechten Manieren. Denken Sie an Bevin — er benimmt sich genau so wie Bismarck. Warum können wir nicht anständig mit den Russen sprechen?“

Shaws Bescheidenheit

Ich nahm die Gelegenheit wahr und setzte fort: „Wen halten Sie für den größten Staatsmann unserer Zeit?“ Er zögerte nicht eine Sekunde. „Der größte Staatsmann ... hm. Heute leben nur drei große Männer, und einer davon ist ein großer Staatsmann.“ Er machte eine Pause und sagte dann langsam und betont: „Sein Name ist Joseph Stalin. Der zweite ist ein großer Mathematiker; er heißt Einstein. Der dritte ist ein großer Dramatiker; Bescheidenheit verbietet mir, ihn zu nennen.“ Keine Muskel zuckte in seinem Gesicht mit dem weißen Bart, als er das sagte.

(Aus der Monatszeitschrift „Forum und Tribüne“, New York, Sept. 1948.)

Und du kannst schweigen?

„Wer die Wahrheit kennt und sagt sie nicht,

Der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht“ —

Das haben die besten und tapfersten Zungen

Vor hundert Jahren gesungen.

Seitdem ist mit Lügen und Foltern und Morden

Die Wahrheit dringender geworden;

Wer heute nichts sagt, obwohl er sie kennt,

Ist der nur ein „Wicht“ in diesem Moment?

Du weißt das, du weißt, was heute geschieht,

Du kennst, wie die Wahrheit, das alte Lied.

Du siehst, was unsere Toten dir zeigen,

Wie beredt sie zeugen; und du kannst schweigen?

Rudolf Leonhard.

Die Blinddarm-Symphonie

So was gibts. „The Hospital“ ist der Titel einer neuen Orchestersuite, die kürzlich in einem Kolleg in den Vereinigten Staaten uraufgeführt wurde. Das von dem Arzt Dr. Paris aus Philadelphia komponierte Orchesterwerk schildert in neuen Sätzen die Phasen einer Blinddarmoperation.

Man hört, von Schalmellen-Piccolos gut wiedergegeben, das Quitschen der Räder des Operationswagens — der Schlagzeug-Virtuose gibt „spielend“ das Zuschlagen der Türflügel, das Schlürfen der Schritte, das Hantieren mit den Instrumenten und das Schnarchen des Patienten nach Erhalt der Evipan-Spritze wieder. Einen dramatischen Höhepunkt bringt das Aufschlitzen des Bauches und das Wegschneiden des Wurmfortsatzes. An dieser Stelle feiern die Saxophonisten geradezu Triumphe. Selbst bei 40 Grad im Schatten läuft abgehärteten „Musikfreunden“ eine Gänsehaut über den Rücken. Auch das Rieseln des Blutes und das Wischen mit den sterilen Tupfern wird musikalisch untermalt. Die letzte Phase — das Nähen der Wunde — das Weglegen der Instrumente — das Anlegen des Verbandes und die ersten, unartikulierten Laute des erwachenden Patienten — klingt in einem wilden Rumba-Rhythmus unter dem Fortissimo-Einsatz aller Instrumente aus.

Da kommen Beethoven, Bruckner, Verdi und Tschajkowskij nicht mehr mit.

W. Rehbaum.

Das Dorf Wang-Tschia-Tien

Es liegt im Süden von Charbin in der weiten, reichen Ebene, die den größten Teil der Mandchurei bedeckt. Nähert sich ihm der Reisende, so verraten das Grollen der Schweine und das Gackern der Hühner und das Gemurmel einer Schulklasse nichts davon, daß es nicht allen anderen ländlichen Gemeinden gleicht.

Aber die Bauern von Wang-Tschia-Tien sind seit einem Jahr Besitzer des Bodens, den sie bebauen. Sie haben sich von dem härtesten und feudalistischen Unterdrückungssystem der ganzen Welt befreit. Für sie drehen sich die Räder der Wagen, das Vieh gehört ihnen, die neue Schule ist für ihre Kinder.

Als die Japaner aus Nordost-China vertrieben wurden, versuchten die eingewachsenen feudalen Tyrannen dazubleiben und weiterhin Boden und Bauern auszubeuten.

19 Großgrundbesitzerfamilien beschlagnahmten von neuem das Land des ganzen Dorfes. Sollten die 83 anderen Familien von Wang-Tschia-Tien weiterhin Not leiden und vor vollen Scheunen hungern? Sollten sie weiterhin mit ansehen, wie ihre Töchter an die Pächter verkauft wurden? —

Dann kam die Volksarmee, und mit ihr kam die Bodenreform. Die Bauern befreiten sich von ihren Unterdrückern. Diese erwarteten nun nicht anders behandelt zu werden, wie sie selbst einst ihre ausgehungerten, verprügelten, des Bodens beraubten Sklaven be-

handelt hatten. Stattdessen bekamen sie den gleichen Anteil wie alle bei der Verteilung der Ländereien.

Die Kommunisten erklärten: Sie sind Menschen. Sie können produzieren. Die kleinen Besitzer haben nur zu gewinnen, wenn sie dem freien China gegen den Feudalismus Tschiangkaischeks helfen. Den reichen Grundherren aber, unseren Feinden, gebt die Möglichkeit, von ihrer Arbeit zu leben, sonst werden sie Banditen werden, Schädlinge und gefährlich. Gebt ihnen das Gleiche, was jeder von euch hat, und nicht mehr, nicht weniger.

Der Präsident der Bauern-Union des Dorfes, Tschien-Pi-Ta-So, war früher ein armer landloser Bauer. Er erzählte, daß in diesem Dorf alles ohne die geringste Gewalt vonstatten gegangen ist. „Aber“, fügte er hinzu, „Sie haben vielleicht gar keine Vorstellung von der Grausamkeit dieser Männer und ihrer bewaffneten Lakaien. Unsere Frauen und unsere Töchter waren nur Spielzeug für sie. Unser Leben war in ihren Augen ohne jeden Wert.“

Vor der Aufteilung von Wang-Tschia-Tien besaßen die 6 Familien reicher Bauern und Grundherren 175 ha und die 13 kleineren Eigentümer 90 ha Land. Die anderen 83 Familienväter besaßen überhaupt nichts.

Jetzt hat jeder von den 542 Dorfbewohnern, jeder Mann, jede Frau, ja sogar jeder Säugling auf den Armen seiner Mutter ungefähr einen halben Hektar. Eine Familie von 6 Personen

besitzt 2¼, ein Jungeselle ¼ Hektar.

Tschien-Pi-Ta-So und der Sekretär der Bauern-Union führten mich in das Clubhaus, in dem früher der reichste der Grundherren wohnte. Sein großer Empfangsalon ist jetzt Versammlungsraum, und im Wintergarten befindet sich die Schule für Erwachsene. Ich fragte den Sekretär, der früher ein kleiner Eigentümer war, ob es ihm leid tue, einen Teil seines Bodens verloren zu haben.

„Warum sollte es mir leid tun?“ erwiderte er. „Ich zahle weniger Steuern. Was ich produziere, gehört mir, und es herrscht eine Atmosphäre der Sicherheit und der Kameradschaft. Es geht uns viel besser als früher, und bald wird es uns noch besser gehen.“

Begeistert erzählten sie mir von dem Leben des Dorfes. Die Männer sind je nach ihrer Arbeitsfähigkeit in Gruppen zu 5 oder 6 Personen zusammengefaßt. Jede Gruppe arbeitet mit 3 Pferden und hat im Frühling 11¼ ha zu bestellen. Ist eine Einheit früher fertig mit ihrer Arbeit, hilft sie im allgemeinen einer anderen, die zurückgeblieben ist.

Der Boden derjenigen, die in der Befreiungsarmee dienen, wird von der Gemeinde bestellt. 13 Männer aus Wang-Tschia-Tien sind an der Front; stolz verkünden kleine Zettel an ihren Türen: „Dieses Haus gehört einem Kämpfer für die Freiheit des Volkes.“

Die Masse des Volkes war selbst in den Städten in China immer ungebil-

det. Die einzigen neuen Gebäude in Wang-Tschia-Tien sind die Grundschulen. Sie werden jetzt von fast allen Kindern besucht. Die neue Generation Chinas wird gebildet sein. Präsident Tschien zeigte mir, wo er vor der Bodenreform gewohnt hatte. Das war ein kleines Haus, das vielleicht 2¼ mal 3 m maß und etwa 1,50 m hoch war. Es war darin nur Platz für den K'hang (Leimbett) und für einen Herd, der ebenfalls aus Lehm bestand. Da hielt sich die Familie während des kalten Winters auf, dessen Temperatur hier in der Mandchurei bis auf minus 30 Grad hinuntergeht. Durch das mürbe Strohdach fiel das Licht und die Papierfenster waren zerrissen. Seine Augen strahlten vor Freude, als er mir sein neues Haus zeigte, das bestand aus zwei Zimmern und hatte wirkliche Glasscheiben. Drinnen saß seine Frau mit gekreuzten Beinen und nähte an einem Kleidungsstück aus gelber Baumwolle, während draußen eine große Sau in der Sonne schlief.

Tschien-Pi-Ta-So ist einer von den Millionen Chinesen, die zum ersten Male von Hunger und der grausamen Tyrannei, die sie unterdrückte, befreit sind. Ihre Söhne und Brüder kämpfen in der Befreiungsarmee, um das Ertrugene zu erhalten.

Alle Tschiangkaischeks, alle amerikanischen Dollars der Welt werden diese geduldigen, hartnäckigen, mutigen Menschen nicht in ihr ehemaliges Elend zurücktreiben. Aus der Nacht des Feudalismus sahen sie die Morgenröte der Freiheit aufgehen.

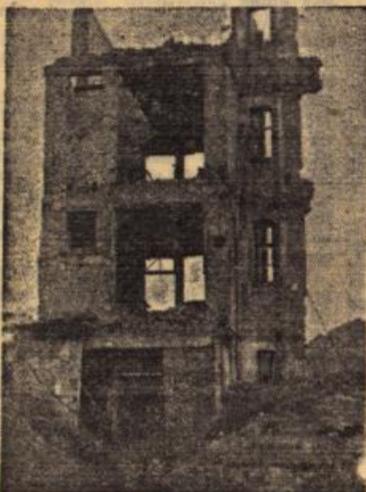


Die Geduld der Arbeiter und Angestellten bald erschöpft

Belegschaftsversammlung bei H. Lanz AG.

Muß das sein?

Ja, Sie sehen richtig! Es ist eine Ruine und kein kulturhistorisches Bauwerk, das unter Denkmalschutz steht. Da, wo früher die Autos in den Hof fuhren, also die Toreinfahrt, ja, gerade da wohnen Menschen. Unten Stein, oben Stein, vorne Bretter und hinten Bretter, das zusammen genommen ergibt den Wohnraum für zwei alte Leutchen, die hier ihre Tage verbringen und sinnige Betrachtungen anstellen, warum so viele Luxuslokale fertiggestellt werden und der Wohnungsbau vernachlässigt wird.



Sicher sind noch mehrere solcher Behausungen in Mannheim, es ist eine Ruine von vielen. Tausende hausen noch so in Mannheim und wie leicht könnte hier Abhilfe geschaffen werden.

Wir wünschen, daß folgender, einstimmig vom Stadtrat angenommene Antrag der KPD Gehör finden würde: „Der Stadtrat beschließt: Die Stadtverwaltung wird ersucht, an die amerikanische Militärregierung mit der Bitte heranzutreten, von den zehn in Mannheim befindlichen Kasernen eine bis zwei freizugeben, damit, bevor der Winter eintritt, die noch in Keilern, Bunkern und einsturzfährenden Häusern wohnenden Familien menschenwürdig untergebracht werden können.“

Ob das hilft?

Die Pressestelle der Stadt Mannheim teilt mit:

„Um die Bevölkerung vor Auswüchsen der Preisentwicklung zu schützen, wurde beschlossen, Preisprüfungsausschüsse sowohl für das Handwerk, den Groß- und Einzelhandel wie für Märkte und Gaststätten einzusetzen. Diese Ausschüsse haben die Aufgabe, die Konsumenten vor unberechtigten Forderungen zu sichern, wie auch die Verkäufer vor etwaigen ungerechtfertigten Vorwürfen zu bewahren. Die Ausschüsse werden unter Leitung eines Revisionsbeamten des Städtischen Ernährungs- und Wirtschaftsamt arbeiten, dem ein Preisprüfer des Amtes für öffentliche Ordnung und Sachverständige der Gewerkschaften, der Handwerkskammer, der Industrie- und Handelskammer und gegebenenfalls auch beteiligter Kreise zur Seite stehen.“

Die beteiligten Behörden und Organisationen sind gewillt, die von der Verwaltung für Wirtschaft gewünschte Ueberwachung der Preisbildung in allen Konsequenzen durchzuführen.“

Vielleicht wird man bei energischem Durchgreifen dem einen oder anderen Wucherer auf die Finger klopfen können, eine grundlegende Besserung auf dem Gebiete der Preisentwicklung wird wohl niemand von diesen Preisprüfungsausschüssen erwarten, zumal sie anscheinend nur die Aufgabe haben, die Verkäufer, also den Kleinhandel in erster Linie zu kontrollieren. Von einer Kontrolle bei der Industrie ist nicht die Rede.

Etwas eigenartig mutet die Formulierung an, daß die Verwaltung für Wirtschaft, also Herr Erhard, die Ueberwachung der Preisbildung wünscht. Jedes Kind weiß bereits, daß die Preissteigerungen auf die Maßnahmen des Herrn Erhard zurückzuführen sind und daß dieser Herr auf dem Standpunkt steht, daß sich die Preise von selbst einspielen würden.

Die vieltausendköpfige Belegschaft der Firma H. Lanz war am Donnerstag, 14. Oktober, in der Halle Bau 105 zusammengekommen, um den Vierteljahresbericht ihres Betriebsrates entgegenzunehmen. Der Betriebsratsvorsitzende H. Brand gab Rechenschaft über die Arbeit des Betriebsrates und zeichnete ein Bild des Betriebes und der Tätigkeit des Betriebsrates vor und nach der Währungsreform. Heute wird der Reallohn immer mehr durch die gewissenlose Preispolitik des Frankfurter Wirtschaftsrates entwertet. Die Geduld der Arbeiter und Angestellten ist bald erschöpft. Scharfe Kampfmaßnahmen wären erforderlich, um die räuberische Politik auf die Taschen der Schaffenden abzustellen. Durch die Tätigkeit des Betriebsrates und der Gewerkschaften wäre es möglich gewesen, im Rahmen des Tarifvertrages einige Vorteile für die Belegschaft herauszuholen. Aber zufriedenstellend könne man dieselben nicht bezeichnen. Neben dem Ausbau des Betriebes zur Schaffung anständiger, menschenwürdiger Arbeitsplätze seit der Betriebs-

rat bestrebt, auch die sanitären Verhältnisse, die noch zu wünschen übrig lassen, zu verbessern. Kollege Brand richtete an die etwa 600 neu eingestellten Arbeiter und an die Angestellten den Appell, durch bessere gewerkschaftliche Organisation dazu beizutragen, die Kräfte der Reaktion in Westdeutschland in Wirtschaft und Politik niederzuringen und den Kampf um höhere Löhne, um das Mitbestimmungsrecht erfolgreich zu führen. Der Bericht wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

In der kurzen Diskussion war erschütternd der Hilferuf eines jugendlichen Arbeiters (vermutlich Flüchtling), der Betriebsrat und Direktion darum bat, für besseres Unterkommen zu sorgen, denn für einen Schaffenden wäre es unmöglich, im Bunker zu hausen und dann noch voll arbeitsfähig zu sein.

In einer Entschließung wendet sich die Belegschaft gegen die Preispolitik des Wirtschaftsrates und fordert den Rücktritt der Frankfurter Wirtschafts-

„Steg“ Domäne ehemaliger ...?

Von Bopp & Reuther zum Vater Staat. Für Nazidirektoren wird immer gesorgt.

Hortung und Schiebung, vom Staat westlich-demokratischer Prägung geduldet, durch Unterlassung längst fälliger Maßnahmen gefördert, sind die Merkmale der heutigen Epoche „Freie Wirtschaft“.

Dabei sind ganz offenbar Freie Wirtschaft und Staat sehr oft versippt und verquickt.

Da ist z. B. die Steg. STEG heißt unseres Wissens Staatliche Erfassungsgesellschaft; es handelt sich also um eine staatliche „Dienststelle“, denn so darf man wohl sagen, nachdem man allenthalben hört, daß es dort von Offizieren wimmelt. Den Ausdruck Offiziersdomäne hört man häufig im Zusammenhang mit Steg. Es ist aber auch bekannt geworden, daß einige „Herren“ des Bopp & Reuther-Konzerns, die vom Betriebsrat nicht mehr geduldet wurden, weil sie mehr oder minder Träger des Nazi-Systems waren, bei Steg eine neue segensreiche Tätigkeit entfalten durften.

Der frühere Betriebsleiter Dechant von B. & R. soll bei der Steg abgesetzt worden sein. Dafür sprang Herr Dr. Dürr in die Bresche (vom gleichen

Konzern). Der frühere Direktor der Reuther-Tiefbau-GmbH., Dipl.-Ing. Schadt, bekam natürlich auch einen wichtigen Posten; er „führt“ das Steg-Lager Rheinau. Offenbar ein „kleiner“ Nazi ist ein Angestellter B., natürlich auch vom B. & R.-Konzern. Klein natürlich im Verhältnis zu seinen früheren Chefs; dagegen soll er in einem Mannheimer Vorort ein eifriger „alter Kämpfer“ gewesen sein. Es versteht sich natürlich von selbst, daß auch er für eine Anstellung bei einer staatlichen Einrichtung geradezu prädestiniert ist.

Selbstverständlich sind wir so optimistisch, zu glauben, daß nunmehr, nachdem solche Kapazitäten künftig die Steg-Geschicke bestimmen werden, Schiebungen eines Ausmaßes, wie sie die letzte Verhandlung vor dem Militärgericht enthüllte, nicht mehr vorkommen werden.

Bald wird man es bedauern müssen, nicht auch Nationalsozialist gewesen zu sein. Von der Wirtschaft (als Nazi ausgebootet), über die Arbeitslosigkeit und Tätigkeit als Hilfsarbeiter oder Chauffeur zum Staat ist immerhin eine Beförderung.

Gegen die Unterdrückung der Begabten!

Professoren ersinnen „Schulreform“

Von mehr als 10 000 Studenten der hessischen Hochschulen waren nach eigenen Angaben weniger als 300 Arbeiter- und Bauernsöhne. Die Väter von 124 Studierenden waren Werkmeister. Zählt man diese beiden Zahlen zusammen und berücksichtigt auch die bewußt falschen Angaben einiger Studenten, so erhält man in Hessen das Spiegelbild der sozialen Zusammensetzung der Studentenschaft ganz Westdeutschlands. Weniger als 5 Prozent aller Studenten sind Arbeiter- und Bauernsöhne.

Die Konferenz der Landesverbände Württemberg-Baden der Lehrer an höheren Lehranstalten und „an der Erziehung interessierter Kreise“, die vor längerer Zeit zu Fragen der Schulreform Stellung nahm, hätte sich diese oder ähnliche Zahlen einmal ansehen müssen, bevor sie über ihr „Manifest“ die Worte: „Gegen die Unterdrückung der Begabten“ setzte. Dieser Kampf eines Jahrhunderts fortschrittlich gesinnter Erzieher steht denn auch in direktem Gegensatz zu den reaktionären „Empfehlungen“ dieses Gremiums.

Die Konferenz stimmt einer Schulreform „grundsätzlich“ zu. Sie bekundet ihre Feindschaft gegen jeden Eingriff in den systematischen Aufbau der jetzigen „demokratischen“ Schule. Man ereifert sich für eine „innere“ Reform. Jedem Begabten soll der Uebertritt in eine höhere Schule durch Schulgeld- und Lernmittelfreiheit ermöglicht werden. Endergebnis: Vier Jahre Grundschule, dann für die Begabten Uebertritt in die kostengerechtere höhere Schule, deren Kern das humanistische Gymna-

sium mit grundständigem Latein bildet. Die Volksschule wird zum Schluß noch etwas „gehoben“.

Wir glauben sehr wohl, daß hiermit etwas „gehoben“ werden soll, nämlich das Rad der fortschrittlichen Entwicklung des westdeutschen Schulwesens.

Diese Schlaupfäden glauben sich und anderen vortauschen zu können, sie stimmten einer demokratischen Reform des westdeutschen Schulwesens zu, indem sie als Ziel der Reform ein Schulsystem angeben, das in der Weimarer Republik bereits im Wesentlichen existierte, das Hitler für seine Pläne gerade geeignet fand. Allein diese letzte Tatsache genügt, um die Unbrauchbarkeit des bisherigen deutschen Schulsystems zu zeigen.

Der einzige positive Vorschlag der Tagung ist die Forderung der Schulgeld- und Lernmittelfreiheit, alles andere ist eine Wiederholung einiger uns gut bekannter reaktionärer Sprüche. Aber auch dies einzig Positive reicht nicht im mindesten aus, um das Bildungsprivileg der Wohlhabenden zu brechen.

Bei den heutigen Lebenshaltungskosten kann eine Arbeiterfamilie nicht auf den Lohn ihrer Kinder verzichten. Fällt es somit den „Minderbemittelten“ von Anfang an schwer, ein Kind auf eine höhere Schule zu schicken, so ist es für sie beinahe vollständig unmöglich, die Kosten des Studiums zu tragen. Es wird also auch in Zukunft, wenn dieser Vorschlag tatsächlich verwirklicht werden würde, bei den fünf

KARLSRUHE

Wie es gemacht wird

Dz. Die „Karlsruher Neue Zeitung“ (SAZ) legt nach den Worten ihrer verantwortlichen Redakteure großen Wert auf objektive und wahrheitsgemäße Berichterstattung. In Nr. 128 dieses Blattes erschien ein mit Richard Petzold gezeichneter Beitrag „Die Wahrheit über Rotes Kreuz Moskau“. Nach diesem Lügenpamphlet ist das Rote Kreuz in Moskau nichts anderes als eine Filiale der russischen Geheimpolizei, ein Erpressungsinstrument gegen die Kriegsgefangenen.

Ein Heimkehrer aus Rußland antwortete und siehe da, die objektive Redaktion, die sich mit der hetscherischen Zuschrift identifiziert hatte, brachte auch die Antwort, nicht ohne sich ausdrücklich von diesen zu distanzieren.

Aber die Redaktion des Karlsruher Blattes nahm Streichungen vor, und ließ gerade die wichtigsten Stellen weg.

Um aber den Gipfel der „Objektivität“ zu erklimmen, veröffentlicht die „SAZ“ über der Antwort des Heimkehrers, der sachlich gegen die Verleumdung Petzolds Stellung nahm, den Bericht eines „Flüchtlings“ aus dem Osten unter dem Titel: „Flucht aus den Händen der russischen Geheimpolizei“. Mit dieser Zuschrift allerdings identifiziert sich die Redaktion. Mit der Zeit muß auch dem primitivsten Leser auffallen, daß die vielgerühmte Objektivität dieser sogenannten unabhängigen Presse im Verschweigen jeder positiven Nachricht über den Osten und in der Hetze und Lüge gegen den russischen Einflußbereich besteht. Mit täglichen Verbeugungen vor dem Westen kann man weder Politik im Interesse des deutschen Volkes machen, noch der Wahrheit dienen. Aber darum geht es diesen Redakteuren ja gar nicht.

Opfer der CDU-Politik

Keine Eile mehr für Tuberkulosekranke

E. B. Beinahe am Ende des lieblichen Albtals, in Frauenalb, eröffnete vor wenigen Monaten die „Süddeutsche Aerzie- und Sanitätshilfe“ ein Tuberkuloseanatorium für politisch verfolgte und Patienten von Sozialversicherungsträgern. Schwerkranken Menschen suchen in dem begünstigten Klima Heilung, und würden sie auch finden, wenn nicht Herr Schlange-Schönigen im Einverständnis mit seinen CDU-Kumpanen im Wirtschaftsrat wichtige Nahrungsmittel der Bewirtschaftung entzogen hätte.

Seit der Währungsreform war es der Verwaltung des Sanatoriums nicht mehr möglich, auch nur ein einziges Ei für die Patienten aufzutreiben. Und wie wichtig ist gerade dieses Nahrungsmittel, angesichts des totalen Mangels an Frischfleisch, was wiederum der verhängnisvollen Ernährungspolitik der bürgerlichen Hungerpolitik in Frankfurt als trauriges Verdienst angerechnet werden muß. Für kranke und schwerarbeitende Menschen besteht keine Möglichkeit mehr, selbst zu den behördlich genehmigten „Schwarzhandelspreisen“ wertvolle Nahrungsmittel zu erwerben. Wer Geld hat, das heißt wer zur Kategorie der Hortungs- und Währungsgewinnler zählt, kann sich Hühnerchen, Gänse und Enten auf den Tisch zaubern, und Eier dutzendweise zu 60 bis 80 Pfennig das Stück in die Pfanne schmoren.

Die Tuberkulosen, die in erster Linie nur durch reichliche Zufuhr von hochwertigen Speisen gesunden, sie können reihenweise das Zeitliche segnen. Hauptsache ist, daß die volksfeindlichen Wirtschaftsdirigenten samt ihrer Ministerialbürokratie und den industriellen Freibeutern Fett ansetzen. Wie lange noch will sich das schaffende Volk verhöhnen lassen und zusehen, daß kranke Menschen sterben müssen, weil ein paar tausend Parasiten sich am Elend mästen?

Prozent „Arbeiterstudenten“ auf unseren Universitäten bleiben.

Und das wird solange bleiben, bis alle fortschrittlichen Deutschen eine einheitliche demokratische Republik Deutschland errichten, in der es kein Bildungsprivileg und keine Klassenbildung gibt. Dort und erst dort wird der Weg frei für ein wahres Volkswirtschaftswesen im Geiste der größten Humanisten der Menschheit, das wir alle erstreben. —h.r.—

Auf Initiative der Jugend . . .

Seit die Arbeiterjugend durch den unsozialen Währungsschnitt ihre wirtschaftliche Not besonders stark empfindet, diskutieren die jungen Kumpel und die jugendlichen Betriebsarbeiter im Ruhrgebiet leidenschaftlich über einen Ausweg aus der Not und den Sorgen unserer Zeit.

Ausgehend von Jugendbelegschaftsversammlungen der Schachtanlagen Minister Stein und Fürst Hardenberg entstand in mehreren Betrieben eine Bewegung, die zu einem Arbeitskreis von Vertretern verschiedener Jugendverbände und Schachtanlagen und schließlich zu einem vorbereitenden Ausschuss für ein „Treffen der schaffenden Jugend“ im November dieses Jahres führte.

Diesem Ausschuss gehören neben den Jugendvertretern verschiedener Großbetriebe auch bekannte Funktionäre der Gewerkschaftsjugend an. Der junge Pfarrer Cornelius Rossaint der Arbeiterjugend des Ruhrgebietes aus der Zeit des gemeinsamen Widerstandes gegen den Hitlerfaschismus in bester Erinnerung ist, gehört ebenfalls zu diesem Vorbereitungsausschuss. Ebenso gehört der Prediger Erich Rieseberg zu diesem Kreis. Die „Freie Deutsche Jugend“ hat die Lizenz zur Verfügung gestellt.

. . . auch in Mannheim

Auch in Mannheim haben sich Jungen und Mädels aus Betrieben und Jugendorganisationen zu einem vorbereitenden Ausschuss zum „Treffen der schaffenden Jugend“ zusammengefunden. In einem Aufruf an die werktätige Jugend, der an alle Großbetriebe ging, heißt es:

Wir zweifeln nicht daran, daß Ihr alles tut, um zum Gelingen dieser für die werktätige Jugend bedeutungsvollen Tagung, die ein Meilenstein in der Geschichte der Arbeiterjugend werden wird, beizutragen. Die werktätige Jugend wird sich um so mehr für den Kampf der fortschrittlichen Kräfte, insbesondere der Gewerkschaften entscheiden und für ihre Lebensrechte in gemeinsamer Front mit der älteren Generation kämpfen!

Die ersten Jugendbelegschaftsversammlungen finden bereits in dieser Woche statt. Die Mannheimer Jugend wird ihre besten Kollegen als Delegierte wählen und gemäß den Traditionen der Arbeiterschaft Mannheim in der ersten Reihe für die Verwirklichung der Beschlüsse des „Treffens der schaffenden Jugend“ kämpfen.

WBDDJ eine Million stärker

(EB) Durch die Aufnahme der FDJ und weiterer 18 demokratischer Jugendverbände, darunter Jugendorganisationen der Schweiz, Norwegens, Dänemarks, Israels, Algeriens und mehrerer südamerikanischer Länder, erhöhte sich die Mitgliedschaft des Weltbundes der demokratischen Jugend um eine Million Mitglieder.

Echo der Jugend

Arbeit - Brot - Recht - Aufstieg

für die schaffende Jugend

Unter dieser verheißungsvollen Losung haben die jungen Kumpel des Ruhrgebiets und Freunde der Arbeiterjugend zu einer Tagung am 13. und 14. November in Dortmund aufgerufen, die sie als „Treffen der schaffenden Jugend“ bezeichnen. Es soll dort beraten werden über den Weg, der der Jugend eine bessere Ernährung, Bekleidung, Wohnung, Berufsausbildung und größere Möglichkeit zur Teilnahme am kulturellen Leben bringen soll. „Wenn jeder für sich geht, ist dieses Ziel niemals zu erreichen“, heißt es in dem Aufruf und weiter: „Um gemeinsam vorgehen zu können, müssen wir uns erst einmal darüber einig sein, was wir tun wollen. Um dies zu erreichen, laden wir euch ein, eure Vertreter zu einem Treffen zu entsenden, auf dem wir beraten wollen: Ueber die Herbeiführung einer allgemeinen Lohnerhöhung, die Verwirklichung der gerechten Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, ohne Unterschied des Alters und Geschlechts und einer generellen Erhöhung der Lehrlingsvergütung; über die notwendige Senkung der Preise, damit wir uns für unsere Löhne auch etwas kaufen können; über die Sicherung unseres Arbeits-

platzes und die Verbesserung der Berufsausbildung; über unser Recht auf einen ausreichenden Erholungsurlaub und die Festsetzung einer verkürzten Arbeitszeit für Jugendliche bei vollem Lohnausgleich; über Maßnahmen, die unseren zurückgekehrten Kriegsgefangenen und Schwerverbeschädigten ein geordnetes und gesichertes Leben geben; über die Verwirklichung eines fortschrittlichen Berufsausbildungs- und Jugendarbeitsschutzgesetzes; über die Durchführung einer Schulreform, damit auch die arbeitende Jugend studieren kann; über die Schaffung von Jugendheimen und Jugendherbergen; über die Preisermäßigung für Jugendliche bei kulturellen Veranstaltungen.“

Das geht jeden an! Die Mannheimer werktätige Jugend wird in Betriebsbesprechungen und Jugendbelegschaftsversammlungen zu diesem Aufruf der jungen Ruhrberger Arbeiter Stellung nehmen und ihre besten Vertreter als Delegierte zum „Treffen der schaffenden Jugend“ wählen. Möge das Treffen eine Plattform schaffen für den gemeinsamen Kampf der werktätigen Jugend für die Verwirklichung ihrer berechtigten Forderungen!

Jugendarbeitsschutzgesetz wird diskutiert

Mannheimer Jugendrat tagte

Der Mannheimer Jugendrat traf sich zu seiner 4. Sitzung am 11. Oktober. Leider zeigte der schlechte Besuch, daß bei verschiedenen Jugendvertretern noch das richtige Verständnis für ihre Aufgabe fehlt.

Die Aussprache und der Rechenschaftsbericht über das „Fest der Mannheimer Jugend“ veranschaulichte deutlich, welche Hindernisse dem Friedenswillen der Jugend unserer Heimatstadt noch entgegenstehen. Es ist nicht nur die eigene Trägheit und Verständnislosigkeit der Jugend, sondern auch die Laune einiger eingeladener, aber nicht erschienener Redner aus dem westlichen Ausland. (Nach Osten hatte man sich nicht gewagt.) Schließlich die Uninteressiertheit der Presse und die Profitsucht einiger großzügiger Helfer. Mißfällig wurde verzeichnet, daß ein Sportverein für einen großzügig zur Verfügung gestellten Boxing die Kleingeldigkeit von 75,- DM der Jugend abforderte.

In einem 2. Punkt der Tagesordnung wurde über eine im Winterhalbjahr

1948/49 geplante Ausstellung aller Jugendverbände Mannheims diskutiert. Die Ausstellung soll mithelfen, den faschistisch-chauvinistischen Ungeist in der Jugend auszurotten. — Die Mehrheit des Jugendrates stieß auf den schlechtbegründeten Widerstand konfessioneller, insbesondere katholischer, Jugendorganisationen. Schließlich wurde mit 14 gegen 1 Stimme bei 3 Stimmenthaltungen diese Ausstellung beschlossen. Zu begrüßen sind auch die Beschlüsse des Jugendrates über die Benutzung der Jugendheime in der Sophienstraße sowie Käfertaler Straße an Sonntagen und die Wiederaufnahme eines „Ausspracheabends der Mannheimer Jugend“.

Der Höhepunkt der Behandlung des 3. Punktes der Tagesordnung bildete wohl der Antrag der Freien Jugend (FJ), eine Erklärung des Jugendrates zum Entwurf eines Jugendarbeitsschutzgesetzes der FJ abzugeben. Nach einigen „Umgehungsversuchen“ von Seiten des Vorsitzenden Vöhringer gelang es doch, Einstimmigkeit zu erzielen über den Beschluß, in einem

Ausspracheabend diese Frage zur Diskussion zu stellen und das Ergebnis derselben den Gewerkschaften, der Industrie- und Handelskammer usw. in Form einer Resolution vorzulegen. Diese Aussprache soll am Montag, dem 25. Oktober 1948, im Jugendheim Käfertaler Straße stattfinden. Die schaffende Jugend Mannheims täte gut daran, zahlreich zu erscheinen. hs. r.

Die Jugend nimmt Stellung zum Arbeitsschutz für Jugendliche

Zu dem Entwurf der Freien Jugendgemeinschaft über ein Arbeitsgesetz für Jugendliche, auf den wir in unserer Ausgabe vom 15. September eingegangen sind, schreibt uns ein Jugendlerner: „Als Gewerkschaftsfunktionär bzw. Jugendvertrauensmann bin ich im Besitz eines Entwurfes dieses Gesetzes. Ich muß feststellen, daß eine große Anzahl der §§, die dieses Gesetz enthält, meinen Erwartungen nicht entspricht. Die Mehrzahl meiner Kolleginnen und Kollegen werden sich dieser, meiner Meinung anschließen. Es ist deshalb die Pflicht aller Jugendorganisationen, insbesondere der der Arbeiterjugend, auf die das Gesetz in erster Linie zur Anwendung gelangt, ihre Stellungnahme bzw. Abänderungsvorschläge zu diesem Entwurf einzureichen.“

Ich rufe, daher alle Jugendlichen auf: „Bringt eure Meinung zum Ausdruck, denn es geht nicht nur um eure Arbeitskraft und Gesundheit, sondern auch um eure Zukunft. Legt jetzt mit Hand an, seid aktiv und helft mit ein Gesetz auszubauen, das uns Jugendlichen in allen Teilen gerecht wird. Rafft euch endlich alle auf mitzubauen an eurer eigenen Zukunft!“

K. Ro., Mannheim.
Unser Briefschreiber hat gleichzeitig auch eine Menge Abänderungsvorschläge eingereicht, die wir der F. J. als Diskussionsmaterial zugestellt haben.

Die Jugend der UdSSR

(EB) 135 Deputierte der Obersten Sowjets der UdSSR und 661 der Obersten Sowjets der Unionsrepubliken sind weniger als 30 Jahre alt. 153 000 junge Frauen und Männer unter 25 Jahren wurden vom sowjetischen Volke in die örtlichen Sowjets gewählt. Dies stellte eine Statistik fest, die in einer Ausstellung der Jugend der SU während der internationalen Konferenz der Arbeiterjugend in Warschau gezeigt wurde.

Die junge Generation des sowjetischen Staates nimmt in hervorragender Weise an der Erfüllung des Nachkriegsfünfjahresplanes teil; sie pflegt Freundschaft mit der fortschrittlichen Jugend aller Völker. So ist sie Mitglied des Weltbundes der Demokratischen Jugend, des Internationalen Studentenbundes und vieler internationaler Sportvereinigungen. Ueber das antifaschistische Komitee unterhält die Jugend der Sowjetunion ständigen Gedankenaustausch und Briefwechsel mit 157 antifaschistisch-demokratischen Jugendorganisationen der Erde.

Jugend und Alter

von Bruno H. Bürgel

Die gesamte Kulturwelt hat die Nachricht vom plötzlichen Tode Bruno H. Bürgels mit schmerzlichem Bedauern zur Kenntnis genommen. Bürgel war das Beispiel eines Menschen, der sich in schwerer und entsagungsvoller Arbeit vom einfachen Fabrikarbeiter zum Schriftsteller und Astronomen emporgearbeitet hat. Sein Leben führte ihn frühzeitig in die Reihen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Viele, denen der Weg zu höheren Bildungsstätten verschlossen war, haben Bürgel ihr Wissen von der Welt der Sterne zu danken. Seinen Büchern ist der humanistische Grundzug eigen, der alle wahrhaft großen schöpferischen Menschen auszeichnet.

Worum dreht es sich eigentlich? Ohne Zweifel kann ein junger Mann seinem Vater an Wissen überlegen sein, er beherrscht die neuesten Kenntnisse der Forschung, der Technik usw. oft viel besser als der alte Herr, der vielleicht in diesen Punkten etwas zurückgeblieben ist. Nur in einem Punkt übertrifft das Alter immer die Jugend ganz gewaltig: es hat eine viel bessere Menschenkenntnis, eine viel größere Lebenserfahrung, ist vorsichtiger, bedachtsamer, diplomatischer. Das

aber lernt man nur auf der Schule des Lebens, niemals auf Gymnasien und Universitäten, man lernt es um so besser, je länger man in dieser Lebensschule steckt, je mehr Backpfeifen einem das Leben versetzt, je mehr Enttäuschungen man erlebte im Kampf ums Dasein.

Und das ist der Punkt, liebe junge Freunde, wo wir Älteren und Alten oft mit euch zusammenrasseln. Ihr meint oft, wir Alten wären verkalkt, wir unterschätzen euch, wir wollten euch ewig gängeln und belehren, aber (von zänkischen Querulanten einmal abgesehen, die es ja überall und in jedem Alter gibt!) im Grunde wollen wir euch vor Schaden bewahren, wollen wir euch mit unseren Lebenserfahrungen, die euch noch fehlen, beibringen. Als ich ein Jüngling war, hatte ich von meinem alten Vater den Eindruck, er sei hoffnungslos verkalkt und wüßte nicht viel. Als ich dreißig Jahre alt war, fand ich, daß er doch recht vernünftige Ansichten hätte, und als ich ein Fünfziger war, sagte ich oft versonnen zu mir: „Was für ein feiner, lebenskluger Kopf war doch der Alte! Du hättest ihm vieles abzubitten!“

Wenn wir jung sind, überschätzen wir unser Wissen. Als ich als junger

Mann auf der Sternwarte war und eben meine ersten wissenschaftlichen Arbeiten schrieb, war ich ein aufgeblasener Kerl, der vor sich selber immer den Hut abnahm. Heute, nachdem ich das siebenzigste Lebensjahr überschritten, Millionen Menschen meine Bücher lesen, seufze ich oft: Wenn sie wüßten, wie wenig du im Grunde weißt! Ich habe die gleiche Einstellung bei vielen bedeutenden Gelehrten gefunden. Der große englische Physiker Faraday sagte einmal: „Ich habe nun gerade genug gelernt, um zu wissen, wie groß meine Unwissenheit ist!“ Erinnern wir uns, daß einer der bedeutendsten Philosophen das Wort aussprach: „Ich weiß, daß ich nichts weiß!“ Nun, bei der heutigen jungen Generation überrascht uns Alte sogar das geringe Wissen. Freilich, sie hat eine Entschuldigung, die furchtbaren Verhältnisse hinderten sie, sich zu vertiefen. Wir haben kein Recht, sie zu schelten, aber wir erwarten, daß sie nachholt, was versäumt wurde. Unser Volk braucht tüchtige, kluge Menschen, braucht Fackelträger! Mir will oft scheinen, daß das Interesse für Sport und Kino gar zu viel Wichtigeres überschattet, auch wenn man jedem seine Freude gönnt.

Wir Alten dürfen aber auch eines nicht vergessen, daß die heutige Jugend weitaus lebensreifer ist als wir es waren; die schweren Zeiten, die wir

durchlebten, wirkten sich hier aus, die heutige Jugend hat den Ernst des Lebens viel, viel stärker erfahren als wir, und mit einem gewissen Recht macht sie die ältere Generation verantwortlich für die Katastrophe, in die unser Land und Volk hineingesteuert wurde. Wenn ihr tiefer über all das nachdenkt, ihr jungen Freunde, dann erkennt ihr hier aber auch, wie kompliziert, wie schwer das Leben ist, und begreift das Wort Hüttings: „Ich bin kein ausgeklügeltes Buch, ich bin ein Mensch mit einem Widerspruch!“ Eine ganze Welt geriet in tiefes Elend, obwohl Unzählige sich dagegen stemmten; eine gewisse politische Unreife, selbst bei gebildeten, ja gelehrten Leuten, war der letzte und tiefste Grund des großen Unglücks unseres Vaterlandes. Nichts wünschen wir sehnlicher; als daß die junge Generation in diesem Punkt die alte weit überholt, um in eine neue, bessere Zeit hineinzusteuern.

Am besten ist es, wenn Jugend und Alter zusammenwirken, wenn das, was am Neuen wie am Alten gut ist, gemeinsamer Arbeit dient, die tiefere Lebenserfahrung und Menschenkenntnis, die bedächtige Vorsicht des Alters, die Kraft, Entschlossenheit, ideenreiche Verjüngung Hand in Hand arbeiten. „Solch ein Gewimmel möcht ich sehn, auf freiem Grund mit freiem Volke stehn!“

Unter der Lupe

Greift da niemand durch! Der rigorose Hauspascha!

Weil der Wohnraum in dem Hause Wachenburgstraße 170 in Pfingsberg nicht ausgenutzt war, hat das Wohnungsamt zwei Mansarden beschlagnahmt und Mieter eingewiesen. Als ein Mieter einziehen wollte, stellte es sich heraus, daß die Mansarden verschwendet waren. Der Besitzer des Hauses hatte sie eingerissen. Erst auf die Drohung hin, ihn in ein Flüchtlingslager zu bringen, baute er sie wieder auf.

Den nun eingewiesenen Mietern werden alle möglichen Schikanen gemacht. So wird verlangt, daß das Schmutzwasser in den 50 Meter entfernten Pfingsbergweiher getragen wird. Mit vielen anderen Schikanen, die wir nicht alle hier bringen können, macht man den Mietern das Leben sauer. Gegen ehemalige Mieter wurde von diesem Hausbesitzer bzw. seiner Frau sogar mit brutalen Mißhandlungen vorgegangen.

Die Polizeibehörden müßten sich einmal dieser Sache annehmen. Oder muß erst etwas passieren, bevor man eingreift?

Zu wenig und zu viel Raum

In M 5, 2 wohnt eine Familie mit einem erwachsenen Sohn, der vor einem Jahr aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrt ist, in einem Zimmer. Das ist gewiß kein Einzelfall, aber in diesem Falle ließe sich doch die Lage dieser Familie erleichtern, wenn man sich entschließen könnte, dem Tapezierermeister W. einen kleinen Abstellraum, den er ganz gewiß entbehren könnte, abzunehmen. Dieser Abstellraum würde als Schlafkabinette für den erwachsenen Sohn in Frage kommen. Das Wohnungsamt hat der Familie sogar ein von W. als Büro benutztes Zimmer zugestehen wollen. Aber die vorgesetzte Behörde, die Stadtverwaltung Abt. III W. 9, lehnt das ab, obwohl der Tapezierer W. in Neustheim eine Wohnung und in M 5, 2 neben seiner Werkstatt, neben Keller und Speicherräumen noch ein Zimmer und einen Abstellraum hat.

Funktionärversammlung der KPD - Kreis Mannheim

Samstag, den 23. Oktober 1948, um 14.30 Uhr, im Kantinenraum der Motorenwerke

Thema:

„Das Ringen um die Klarheit in unserer politischen Zielsetzung.“

Es spricht Genosse Willy Grimm. Alle Parteifunktionäre der Orts- und Betriebsgruppen im Kreis Mannheim nehmen an der Konferenz teil.

Das Mitgliedsbuch ist am Saaleingang vorzuzeigen.

Kommunistische Partei Kreisvorstand Mannheim

Gefahr für die Heilmittel-Erzeugung

Drohende Erwerbslosigkeit für 800 Arbeiter

(K. W.) Not, Elend und Krankheit sind in Deutschland noch nie so groß gewesen wie gerade nach dem Zusammensturz der nazistischen Gewaltherrschaft.

Verzweifelt stehen die Aerzte an den endlos scheinenden Reihen der Dahinsiechenden, ohne wirklich helfend eingreifen zu können. Nur Kleinigkeiten fehlen oft — Medikamente, die schwer herzustellen oder zu beschaffen sind — um Menschen zu helfen oder gar vor dem Tode zu retten.

Was uns an Heilmittel erzeugenden Fabriken verblieb, ist leider nicht mehr viel. Jedoch reicht ihre Erzeugung ge-



rade aus, dem weiteren Absinken des Gesundheitszustandes unseres Volkes zu begegnen.

Allerdings ist seit dem Beschluß der westlichen Alliierten, die „Knoll-AG“ in Ludwigshafen zu demontieren, ein schwarzer Schatten für unsere Aerzte und Krankenhäuser aufgezo-gen. Eine Fabrik soll demontiert werden, deren Erzeugung der Menschheit zum Wohle

dient. Eine Fabrik, deren Heilmittel Weltruf haben.

Wissenschaftler, Aerzte, Professoren und Minister haben längst gegen die Demontage Einspruch erhoben. Der Erfolg blieb bisher aus.

Die Knoll-AG ist kein Rüstungsbetrieb. Bei der Betrachtung des derzeitigen Zustandes kann man ohne viel Anstrengung auf den Gedanken kommen, daß es sich bei der Knollschen Demontage um die Ausschaltung einer unliebsamen Konkurrenz auf dem Weltmarkt handelt. Diese Auffassung wird noch bestärkt, wenn man sich diese Dinge einmal von der historischen Seite betrachtet.

Die Knoll-AG wurde 1886 gegründet. Sie ist demnach eine der ältesten Heilmittel-Fabriken im In- und Ausland.

Die Herstellung von Cardiazol (Kreislaufmittel) Veriazol (Herzmittel) Dico-did (gegen Husten und Lungenentzündung) und vielen anderen Mitteln ließ die Knoll-AG sehr schnell zum Weltruf gelangen und fast konkurrenzlos auf dem Weltmarkt dastehen. Abnehmer der Knollschen Heilmittel waren in erster Linie die südamerikanischen Staaten, China und Indien. Als kleine „Neben-Lieferanten“ auf diesem Gebiete galten England, Frankreich und die USA. Während und nach dem Kriege verschwanden, wie alle deutschen Güter, auch die deutschen Heilmittel auf dem Weltmarkt.

An ihre Stelle traten die bisher kleinen englischen und amerikanischen Firmen. Sie stellten dabei fest, daß der Export von Arzneien ein durchaus ren-

Blutrichter Cuhorst vor der Spruchkammer

Aus seiner Praxis: 120 Todesurteile — 120facher Mord!

Stuttgart. (EB) Im Kursaal in Stuttgart-Bad Cannstatt wird gegen den ehemaligen Senatspräsidenten und Vorsitzenden des Sondergerichtes Stuttgart, Hermann Cuhorst, die Spruchkammerverhandlung durchgeführt. Der Oeffentliche Kläger beantragte zu Beginn der Verhandlung Cuhorst als Hauptschuldigen einzureihen. In 1200 von ihm gefällten Urteilen habe Cuhorst 120mal die Todesstrafe ausgesprochen. Der Oeffentliche Kläger gab Beispiele von der dabei von Cuhorst geübten Praxis. Der Schnelligkeitsrekord Cuhorsts für ein Todesurteil waren 50 Minuten.

Während der Ausführungen des Oeffentlichen Klägers, die die abgrundtiefe Verworfenheit des Betroffenen ahnen ließen, saßen die leider nur in geringer Zahl erschienenen Zuhörer wie gebannt an ihren Plätzen. Cuhorst kramte in einem ganzen Berg von Akten. Er scheint sich gut vorbereitet zu haben.

Eine Einwendung der Verteidigung deutete an, auf welche Art Cuhorst sich zu entlasten versuchen wird. Es wurde in Zweifel gezogen, ob die Anklage in vollem Umfange aufrechterhalten werden könne. Cuhorst bekenne

sich zwar zu seiner Nazivergangenheit, werde aber den Nachweis führen, daß er dem Nationalsozialismus keine außerordentliche Unterstützung habe zuteil werden lassen, wie er auch formal nicht Hauptschuldiger sei. Ebenso äußerte Cuhorst gleich zu Beginn seiner Vernehmung, daß man seine politische Tätigkeit von seiner richterlichen trennen müsse. Er sei als Richter nicht Politiker gewesen.

Als ein Pressephotograph Cuhorst aufnahm, bat dieser den Spruchkammervorsitzenden, er möge ihn in Schutz nehmen und er erlaube sich hinzuzufügen: „Beim Sondergericht wurden auch keine Angeklagten fotografiert.“ Da der Photograph trotzdem noch eine Aufnahme machte, schickte ihm der Vorsitzende die Polizei hinterher und ließ seine Personalien feststellen. Daraufhin verließen die anwesenden Pressevertreter geschlossen den Raum.

Die in der letzten Zeit gegen Mitarbeiter und Kollegen Cuhorsts ergangenen Spruchkammerurteile berechneten zu einem starken Mißtrauen auch dieser Verhandlung gegenüber. Der ehemalige Sonderrichter Azesdorfer wurde Mitläufer und Sonderrichter Bohn wurde entlastet.

ables Geschäft sein konnte, wenn man Fabriken dieser Art in genügender Anzahl hat. So baut z. B. England heute seine pharmazeutische Industrie aus. Deshalb ist es auch nur zu gut verständlich, wenn selbst der kleinste Konkurrent (die Knoll-AG liefert bereits, wenn auch nur in kleinen Mengen, wieder nach Südamerika) gefährdet ist, da man ja selbst noch in den Anfängen steckt.

Wichtig für uns ist die Auswirkung, die die Demontage der Knoll-AG hat. Wie groß die Katastrophe sein würde, schrieb Herr Professor Oehme von der med. univers. Poliklinik in Heidelberg in seinem Brief an die Knoll-AG. Nur einen Satz möchten wir zitieren: „... wenn man unseren Kranken die Knollschen Heilmittel entzieht, so sehe ich wegen der dadurch bedingten Lebensgefährdung und -verkürzung darin eine Unmenschlichkeit, die den Unmenschlichkeiten des Dritten Reiches doch recht nahe kommt.“

Soweit die Worte Professor Oehmes. Seine Worte zeigen mit aller Deutlichkeit, welche tragische Bedeutung diese Demontage hat.

Zum Schluß seien lediglich noch einige Zahlen genannt, die zur Vervollständigung des bisher abgegebenen Bildes beitragen sollen. Im Falle der Demontage werden 800 Arbeiter arbeitslos. Der Demontagewert der Knoll-AG wurde mit 90 000 DM angesetzt. Allein der Maschinenwert beträgt aber 1,2 Millionen DM.

Mordanschlag auf KPD Kandidat

Am Sonntag, dem 3. Oktober, wurde auf den Kandidaten der KPD Heinz Meyer in Essen ein Mordanschlag unternommen. Um 19.50 Uhr stand er in seiner Wohnung am Küchenfenster, als ein Schuß auf ihn abgegeben wurde, der ihn glücklicherweise nicht verletzte. Die Kugel aus einer 9-mm-Waffe drang tief in die hintere Wand dieses Zimmers.

Die ständige Hetze gegen die KPD und ihre Funktionäre trägt ihre Früchte. Schuld an diesem Mordanschlag sind alle diejenigen, die durch eine systematische antikommunistische Hetze die Werktätigen vom Kampf um das tägliche Brot ablenken möchten.

Freigabe des Vermögens der Konsumgenossenschaften

Vom Konsumverein Mannheim wird uns mitgeteilt:

Am 2. Oktober 1948 wurde den Konsumgenossenschaften in Württemberg-Baden die Urkunde über die Rückübertragung des Vermögens übergeben. Damit sind die Mitglieder der Konsumgenossenschaften wieder Besitzer ihrer eigenen Betriebe geworden, die ihnen 1941 von den Nazis geraubt wurden. Die wirtschaftliche Betätigung kann sich nunmehr im Interesse aller Verbraucher wieder auswirken, weil die Konsumgenossenschaft ohne Profitstreben lediglich den Verbrauchern dient. Ihre preisregulierende Tätigkeit wird um so erfolgreicher sein, je mehr Verbraucher sich in der Konsumgenossenschaft zusammenschließen, also Mitglied werden und im „Konsum“ kaufen.

Die Grundlagen des Marxismus

III. Der Wert*)

In den Ausführungen über die Ware wurde festgestellt, daß in einer Gesellschaft, die einerseits auf gesellschaftlicher Arbeitsteilung und andererseits auf privater Produktion beruht, die Produkte menschlicher Arbeit zu Waren werden. Ist aber ein Produkt Ware, so ist in ihm auch Wert verkörpert. Ware und Wert bedingen einander. Also nur unter denselben gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen ein Produkt zur Ware wird, erfolgt auch Wertbildung.

Was ist nun Wert? Die Ware wird durch menschliche Arbeit geschaffen. Sie stellt sich uns dar in ganz verschiedenen Gebrauchswerten, z. B. Schuhe, Kleidung usw. Da alle diese verschiedenen Gebrauchswerte aber ausgetauscht bzw. verkauft werden, so muß in ihnen allen trotz ihrer Verschiedenheit etwas Gemeinsames enthalten sein, durch das sie miteinander gleichgesetzt und verglichen werden können. Das Gemeinsame ist, daß in ihnen allen gesellschaftliche Arbeit enthalten ist, also Arbeit, die der private Produzent nicht für seinen

eigenen Bedarf, sondern für andere private Produzenten geleistet hat. Ist in einem bestimmten Gebrauchswert solche gesellschaftliche Arbeit vergesellschaftet, so enthält sie Wert.

Bei der näheren Betrachtung erkennt man, daß die Arbeit also einerseits den Gebrauchswert und andererseits den Wert produziert. Es war Marx, der zuerst den Charakter der menschlichen Arbeit untersuchte und feststellte, daß die in den Waren dargestellte Arbeit einen Doppelcharakter besitzt.

Diese Arbeit ist einerseits „konkrete Arbeit“, d. i. die zweckmäßige nützliche Tätigkeit, wie sie in den einzelnen Berufsarbeiten sichtbar ist. Ihre Ergebnisse sind die verschiedenen Gebrauchswerte.

Sie ist andererseits „abstrakte Arbeit“, d. i. jene Arbeit, die den Wert schafft. Sie ist das Gemeinsame der verschiedenen Gebrauchswerte, also die gesellschaftliche Arbeit der privaten Produzenten oder der gesellschaftlichen Charakter der privaten Produkte. Sie ist die spezifische Form, die die gesellschaftliche Arbeit in

einer Waren produzierenden Gesellschaft hat. Diese, allen Waren gemeinsame gesellschaftliche Arbeit kann ihrem Charakter nach nicht eine konkrete, spezielle Arbeit sein, sondern sie ist eine gleiche, unterschiedslose Arbeit. Sie kann nur darstellen, daß überhaupt Arbeitskraft verausgabt wurde, abgesehen von jeder Form und Art. Es ist also Arbeit schlechthin.

Die Arbeit, welche die Waren hervorbringt, ist die lebendige Arbeit. Diese lebendige Arbeit geht mit ihrer Verausgabung auf das Produkt über, vergegenständlicht sich in ihm und bildet als tote, vergegenständlichte Arbeit die Wertsustanz.

Der Wert oder die Wertsustanz ist also die in einem Gebrauchswert enthaltene, in ihm festgeronnene oder vergegenständlichte abstrakte Arbeit. Der Wert ist Ausdruck eines bestimmten gesellschaftlichen Verhältnisses, nämlich der Beziehungen privater Warenproduzenten.

Die Wertgröße ist die Menge der in einer Ware verkörperten Wertsustanz, also der abstrakten Arbeit. Das Maß der Arbeit ist die Zeit. Aber nicht die Zeit eines einzelnen indivi-

duellen Produzenten, sondern die von der Gesellschaft im allgemeinen als Durchschnitt benötigte Arbeitszeit für die Herstellung eines Produkts. Die Wertgröße wird demnach bestimmt durch die zur Herstellung eines Gebrauchswertes gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Unter „gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit“ ist die Zeit zu verstehen, die unter den Bedingungen eines durchschnittlichen Standes der Produktivität, des durchschnittlichen Grades der Intensität der Arbeit und der Geschicklichkeit der Arbeiter in einem Produktionszweig aufgewendet werden muß.

Die Waren tauschen sich untereinander aus, entsprechend der Menge der in ihnen vergegenständlichten gesellschaftlichen Arbeit oder der zu ihrer Herstellung gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit.

Es ist das Verdienst von Marx, durch die Analyse der Arbeit den Doppelcharakter der Arbeit und damit den Charakter der wertbildenden Arbeit und den Wert, d. h. die Wertsustanz, festgestellt zu haben. Alle bisherigen Ökonomen kannten nur die Wertgröße. Alfred Heinke.

Flüchtlinge oder Bürger?

Von Ewald Kaiser

Das Los der durch den Hitlerkrieg und seine Folgen aus ihren Heimatgebieten in andere Teile Deutschlands übergesiedelten Menschen bildet einen Kernpunkt des sozialen und politischen Lebens. Die furchtbare Not dieser unglücklichen Menschen muß gelindert und sobald wie möglich behoben werden.

Rein theoretisch gesehen könnten drei Wege dazu führen: 1. Rückkehr in die frühere Heimat, 2. Auswanderung aus Deutschland, 3. Einrichtung einer neuen Heimat in den jetzigen Wohngebieten.

Die Auswanderung darf wohl außer Betracht gelassen werden, weil sie für eine viel zu geringe Zahl von Deutschen in Frage käme.

Zur Frage: „Rückkehr in die alte Heimat“ muß in allem Ernst und in aller Sachlichkeit folgendes festgestellt werden: Oberschlesien, Schlesien, West- und Ostpreußen und wesentliche Teile Pommerns sind durch Hitler und seinen verbrecherischen Krieg verlorengegangen. Dieser Verlust ist die unmittelbare Folge einer antinationalen Politik der Führung des Dritten Reiches und seiner Drahtzieher, der Großindustriellen, Junker und Bankiers. Um eine neue Großmachtstellung Deutschlands und neue Kriegsdrohungen zu verhindern, haben die Alliierten — Amerika, die Sowjet-Union und Großbritannien — in Jalta und Potsdam die Verantwortung für die gegenwärtige Grenzziehung im Osten übernommen.

Kein Vabanque-Spiel

Die Hoffnung, durch den Krieg die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre alte Heimat zu ermöglichen, ist Torheit oder Verbrechen. Es ist keinem Flüchtling damit geholfen, daß das ganze deutsche Volk nach einem Atomkrieg zu einem Volk von Flüchtlingen wird. Wer auf dem Wege der Gewalt die durch Hitler verspielten Ostgebiete zurückholen möchte, spielt va banque mit der Existenz der deutschen Nation und der Existenz von Millionen Deutscher.

Wirkliche Demokratisierung

Voraussetzungen für ein Gespräch mit unserem östlichen Nachbarn schafft man nur durch den Abbau der Kriegsindustrie, durch eine Demokratisierung der Wirtschaft, durch eine Enteignung des Großgrundbesitzes, durch Ausschaltung

kriegstreiberischer Kräfte in den Verwaltungen, kurz durch eine wirkliche Demokratisierung Deutschlands. CDU und SPD, aber auch Zentrum und FDB haben sich durch ihre Politik ein für allemal die Möglichkeit begeben, ein solches Gespräch einzuleiten. Das kann nur eine Partei in den westlichen Besatzungszonen, die die eben genannten Voraussetzungen für eine demokratische einheitliche deutsche Republik wirklich ernsthaft

Zehn wichtige Forderungen für Flüchtlinge

Die KPD hat seit langer Zeit sich zum Fürsprecher dieser Notleidenden gemacht und führt für die folgenden Forderungen den Kampf:

1. Durchführung einer Bodenreform, bei der aller Besitz über 100 ha enteignet wird. Der im Zuge dieser Reform anfallende Boden ist bevorzugt den Bodenbewerbern zu tragbaren Preisen zu geben.
2. Verlorener selbsterwerbender Besitz bis zum Betrage von 10 000 DM muß durch einen gerechten Lastenausgleich ersetzt werden.
3. Durch Ausbau von industriellen und gewerblichen Unternehmungen müssen die Flüchtlinge wirtschaftlich eingegliedert werden. Dazu ist die Bildung von Genossenschaften finanziell zu sichern.
4. Die Flüchtlinge sollen nach Möglichkeit in ihren Berufen untergebracht werden und sollen vor Kündigungen besonders geschützt sein.
5. Alle Rechtsansprüche aus früheren Beschäftigungsverhältnissen mit Einschluß der sozialen Betreuung und der

anstrebt: die Kommunistische Partei Deutschlands.

Heraus aus Bunkern!

Es muß Entscheidendes für die Flüchtlinge geschehen. Aus ihrem jetzigen Zwangsverschickungsgebiet muß eine Heimat für sie werden. Millionen Menschen aus den Ostgebieten vegetieren in Westdeutschland. Sie kamen nicht freiwillig nach hier. In Scheunen und Bunkern, in engen Stuben sind sie zusammengepfercht mit ungenügender Kleidung, mangelndem Hausrat. Die Kluf zwischen ihnen und den einheimischen Bürgern vergrößert sich. Das darf nicht so weitergehen.

Dienstjahrenrechnung müssen anerkannt werden.

6. Zur Förderung des privaten Wohnungsbaues stellen das Land, die Kreise und die Gemeinden Bauparzellen von mindestens 1000 qm kostenlos zur Verfügung.

7. Damit Flüchtlinge aus Bunkern usw. schnell herauskommen, ist durch Erfassung von Großwohnungen Wohnraum sofort freizustellen.

8. Beschlagnahmungen zugunsten der Flüchtlinge dürfen nicht aufgeschoben werden.

9. Zur Anschaffung von Möbeln, Hausrat und Kleidung werden Beihilfen gewährt. Lehr- und Lernmittel für Flüchtlingskinder sind grundsätzlich kostenlos zu gewähren. In erhöhtem Maße werden Stipendien für Fach- und Höhere Schulen zugestanden. Für die Kinder wird eine kostenlose Schulpflicht durchgeföhrt.

10. Die gewählten Flüchtlingsvertreter werden in allen kommunalen Ausschüssen mit beratender Stimme zugelassen.

Die „notleidende“ Junkerschaft

Industrie setzt Großagrarier unter Druck. — Muß Schlange-Schönningen gehen.

Die Wiederbewirtschaftungsgelüste des bisherigen Champions der CDU zur Vertretung der Interessen der Großbauern und Junker, Schlange-Schönningen, haben diesem die schärfste Mißbilligung von Seiten der Industriekreise in seiner Partei eingebracht. Die Herren Dr. Pferdenges, Dr. Henle und Häfner, deren Aktienpakete den Wert von Millionen Wahlstimmen besitzen, haben in einer der letzten Sitzungen der CDU-Fraktion im Wirtschaftsrat den Rücktritt Schlan-

ge-Schönningens und seine Ersetzung durch Dr. Hermes, Reichsminister für Landwirtschaft und Finanzen a. D. 1922/23, gefordert.

Die Herren von der westdeutschen Industrie setzten mit ihren hohen Preisen ihre ehemaligen Bundesgenossen, die Großgrundbesitzer, auch ein wenig unter Druck, wobei selbstverständlich der kleine und mittlere Bauer die Hauptlast zu tragen hat. Herr von Schlange-Schönningen wird seinerseits von seinen Freunden in der Landwirtschaft nach Kräften bearbeitet, um für sie bessere Bedingungen aus der „freien Mißwirtschaft“ des Prof. Erhard herauszuholen. Wir können uns vorstellen, daß sie sich mit Schmerzen an die schönen Zeiten erinnern, als ihnen die Subventionen vom Vater Staat reichlich in die verschuldeten Kiltischen flossen, während sie heute erleben müssen, daß die wildgewordenen Großindustriellen auch auf sie, auf ihre Brüder im Geiste der Reaktion, keine Rücksicht mehr nehmen. Oder macht man sich in dieser Hinsicht neue Hoffnungen, bei dem alten Spezialisten auf diesem Gebiet, Herrn Subventionsminister Dr. Hermes?

Mehr Düngemittel in der Ostzone

EB. Die Versorgung der Landwirtschaft in der Ostzone mit Düngemitteln für das Wirtschaftsjahr 1948/49 ist soeben erhöht worden. Es werden zur Verteilung gelangen:

	1948/49	1947/48
Stickstoff	168 000	120 000
Phosphorsäure	133 500	24 000
Kali	297 000	230 000
Kalk	380 000	257 000

Diese Zahlen bedeuten besonders bei der so wichtigen Phosphorsäure eine beträchtliche Steigerung gegenüber der bisherigen Zuteilung. Die neu zuteilten Mengen entsprechen ungefähr den Verbrauchszahlen des Jahres 1937/38. Gegenüber diesem Vergleichsjahr stehen im neuen Wirtschaftsjahr zur Verfügung: Stickstoff 89 Prozent, Phosphorsäure 86 Prozent, Kali 103 Prozent, Kalk 83 Prozent.

Der bisherige Phosphorsäuremangel in der Ostzone dürfte dadurch beseitigt werden. Die Düngemittelindustrie der Ostzone ist auf dem besten Wege, in kürzester Zeit den vollen Friedensbedarf der Landwirtschaft an Düngemitteln zu decken.

Ein Wort an die Flüchtlinge!

Ein Flüchtlingsvertrauensmann bietet uns, nachfolgenden Brief an seine Leidensgenossen zu veröffentlichen. Es wäre zu begrüßen, wenn noch weitere Flüchtlinge sich zu den aufgeworfenen Fragen äußern würden.

Die Redaktion.
Das Schicksal des verlorenen Krieges hat uns Flüchtlinge am härtesten getroffen. Die Schuld an unserem Elend tragen die kapitalistischen Machthaber, welche auch weiterhin das schaffende Volk ausbeuten. Eigene Flüchtlingsorganisationen zu gründen, ist Unsinn. Nur mit der geschlossenen Arbeitermasse, im Kampf gegen den Kapitalismus, ist ein gerechter Lastenausgleich zu erzielen, wie auch das Flüchtlingsproblem zu lösen und den Lebensstandard der Arbeiter zu heben. Das unerträgliche Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen ist ein Werk kapitalistischer Unterdrücker, deren Schutzbieter alle derzeitigen deutschen Verwaltungsstellen sind. — Ich kam zur Selbsterkenntnis und folgte mir nach. Laßt euch von den kapitalistischen Handlangern nicht länger irreföhren durch Verächtlichmachung der Kommunistischen Partei. Denn nur diese allein kämpft gegen den Kapitalismus für Freiheit und Gerechtigkeit.

W. D., totalgeschädigter, erwerbsloser Flüchtling.

Mannheimer Gewerkschaftler beschließen Kampf

Am Mittwoch, den 13. Oktober 1948 beschloß die Delegiertenkonferenz der Mannheimer Gewerkschaft mit der Lohn- und Preisgestaltung und der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik. Leider war die Presse zu dieser Delegiertenversammlung nicht eingeladen, es wurde ihr sogar der Zutritt direkt verweigert. Uns scheint dies durchaus nicht im Interesse des Mannheimer Gewerkschaftsbundes noch der Mannheimer Arbeiterschaft gelegen zu sein, es wäre immerhin wichtig gewesen, die Öffentlichkeit davon zu informieren, welche Stimmung in den Mannheimer Gewerkschaften gegen die Wirtschaftspolitik der Erhard und Genossen vorhanden ist.

Die Delegiertenkonferenz beschloß einstimmig eine einmalige Einkellerungsbeihilfe für Lohn- und Gehaltsempfänger, Rentner und Wohlfahrtsunterstützte, zu erkämpfen. Ferner wurde die Durchführung einer mächtigen Protestkundgebung während der Arbeitszeit am Mittwoch, den 20. Oktober 1948 beschlossen.

Neue Heimkehrertransporte aus der SU

E. B. Mit drei Transporten am 10., 12. und 14. Oktober 1948 trafen weitere 2676 ehemalige deutsche Kriegsgefangene aus der SU ein.

Dem Volk zu eigen

In der Ostzone befinden sich 79,3% des Bergbaues 52,7% der eisenschaffenden Industrie 42,5% des Maschinenbaues 16,1% der Energiewirtschaft in den Händen des Volkes.

Betriebsleiter sind heute 38,3% frühere Arbeiter 29,1% frühere Angestellte 13,3% frühere Ingenieure 15,2% frühere Kaufleute 4,1% frühere Direktoren Und bei uns? Thyssen bekam seine Millionen zurück. Schacht wurde „entlastet“. In den westdeutschen industriellen Schlüsselpositionen sitzen die Kriegshetzer und Schuldigen von gestern.

Ja, die Sittlichkeit

Unter dem Druck der katholischen Kirche führte die römische Polizei am Strand von Fregene in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt eine „Sittlichkeitskampagne“ durch, wie aus einer Pressemeldung hervorgeht. Es wurden Scheinwerfer aufgestellt, um auch nachts eine Kontrolle der Badenden zu ermöglichen.

Sie wollen auswandern

Die Zahl der Antragsteller auf Einwanderung nach der USA beim amerikanischen Konsulat in Stuttgart, die in der ersten Woche durchschnittlich 2000 Personen täglich betrug, ist im Laufe dieser Woche auf rund 800 zurückgegangen.

Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim S 3, 19. Verantwortl. für d. Inhalt: Kurt W. Weber, Mannheim, S 3, 10 (z. Z. in Urlaub, l. V. Gräse, S 3, 10), Tel.-Nr. 432 60. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim R 1, 4-6. Vertriebl: Nordbadische Zeitungsvertriebs-G.m.b.H., Mannheim, S 3, 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 25 000.



Sport der Woche

Süddeutschland — Norddeutschland 1:1

Süddeutsche Oberliga

VIR Mannheim	1860 München	1:0
Kickers Offenbach	5 4 1 0	9:1
Stuttgarter Kickers	4 2 2 0	6:2
1860 München	5 3 0 2	6:4
Bayern München	5 2 2 1	6:4
1. FC Nürnberg	5 2 2 1	6:4
VfR Mannheim	5 2 2 1	6:4
Schweinfurt 05	5 2 1 2	5:5
FSV Frankfurt	5 2 1 2	5:5
VfB Mühlburg	4 1 2 1	4:4
VfB Stuttgart	4 1 2 1	4:4
Eintracht Frankfurt	5 1 2 2	4:6
BC Augsburg	5 2 0 3	4:6
SV Waldhof	5 1 2 2	4:6
Schwaben Augsburg	4 1 1 2	3:5
Ulm 46	5 1 0 4	2:8
Rödelheim	5 1 0 4	2:8

Frankfurt, 1. FC Nürnberg — Stuttgarter Kickers, Schwaben Augsburg — Ulm 46.

Badische Landesliga

VfL Neckarau	Feudenh.	abgebr.	1:1
Sandhofen	— Amicitia Viernheim		4:3
Rohrbach	— ASV Durlach		4:4
Schwetzingen 98	— Friedrichsfeld		1:3
1. FC Pforzheim	— Knielingen		1:0
Germ. Brötzingen	— VfR Pforzheim		2:0
1. FC Pforzheim	Sp. S. U. N. P.		
ASV Durlach	6 6 0 0		12:0
VfL Neckarau	5 4 1 0		9:1
VfL Neckarau	5 3 0 2		6:4
Brötzingen	5 3 0 2		6:4
Friedrichsfeld	4 2 1 1		5:3
VfR Pforzheim	5 2 1 2		5:5
Knielingen	4 1 1 2		3:5
Feudenheim	4 1 1 2		3:5
Schwetzingen 98	5 1 1 3		3:7
Phönix Karlsruhe	4 1 0 3		2:6
Rohrbach	4 0 2 2		2:6
Sandhofen	4 1 0 3		2:6
Viernheim	5 1 0 4		2:8

Das Neckarauer Spiel blieb unberücksichtigt.

Sandhofen kam gegen Viernheim zu seinem ersten Sieg. Rohrbach, als einziger Verein noch ohne Sieg, spielte gegen die favorisierten Durlacher unentschieden. Der Sieg der Friedrichsfelder in Schwetzingen kommt überraschend. Der 1. FC Pforzheim festigte seine Favoritenstellung durch einen, wenn auch knappen, Sieg gegen Knielingen. Im Pforzheimer Lokaltreffen siegte Germania Brötzingen gegen VfR Pforzheim 2:0. — Das kommende Wochenende bringt folgende Spiele: Knielingen — Schwetzingen, VfR Pforzheim — Durlach, Viernheim — Feudenheim, Friedrichsfeld — Sandhofen, Phönix Karlsruhe — 1. FC Pforzheim, Rohrbach — Neckarau.

Im einzigen Spiel der Süddeutschen Oberliga kam der VfR Mannheim zu seinem ersten, hart erkämpften Heimspiel. Fast die ganze Spielzeit mit nur 10 Mann spielend, gelang dem VfR hauptsächlich durch vorbildlichen Einsatz aller Spieler der verdiente Sieg. — Der kommende Sonntag bringt für unsere badischen Vertreter schwere Spiele. Waldhof empfängt Bayern München. Wenn die Waldhöfer zu ihrer alten Form finden, ist ein Sieg durchaus möglich. Der VfR muß zum VfB nach Stuttgart, wo er in den vergangenen Spielen immer Federn lassen mußte. Nur eine ganz große Leistung des VfR könnte hier für eine Überraschung sorgen. Unser dritter badischer Vertreter, der VfB Mühlburg muß in München gegen 1860 antreten. Wohl sind die Münchener in diesem Treffen hoher Favorit, aber kein Spiel ist vor dem Abpfiff verloren. — Die übrigen Spiele: Rödelheim — BC Augsburg, Schweinfurt — FSV